

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **10 (1981)**

Heft 3

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

das Konzept

DER KAKTUS
M&LITER
WILD!

DIE MONATSZEITUNG

Grundehrliche Politik	LE PROVINCIAL	Seite 3
Strafgesetz-Revision	ORDNUNG IM HIRN	Seite 5
Rüstungsboom	Dreh'n die Amis durch?	Seiten 6 und 7
Brokdorf	DER LANGE MARSCH	Seite 11
Die Wertschätzung der Haushaltarbeit		Letzte Seite



Seite 8

Abgekartetes Spiel zwischen Italien, Schweiz und BRD:

RÜCKT GIORGIO BELLINI RAUS!

Von Nicolas Lindt

Schon über einen Monat sitzt der Tessiner Giorgio Bellini* im deutschen Knast. In strengster Einzelhaft wartet er dort auf seine Auslieferung – nach Italien. Die italienischen Behörden haben Bellini zur internationalen Fahndung ausgeschrieben, weil sie ihm Zugehörigkeit zu einer «kriminellen Vereinigung» in Italien vorwerfen. In der Schweiz gibt es diesen Straftatbestand (noch!) nicht. Aber die internationale Zusammenarbeit der Polizeiparapete hat bestens funktioniert. Als sich Bellini in der BRD aufhielt, wurde er dort festgenommen. Den Schweizer Behörden kommt die Verhaftung des engagierten Tessiners gelegen. Sie rühren keinen Finger für die Freilassung von Giorgio Bellini

«Ich bin optimistisch, angesichts der sozialen Tendenzen, die ich sehe. Für mich sind die Dinge noch nie so gut gelaufen – und zwar nicht erst, seit es die Bewegung in Zürich gibt. Ich hätte dir das auch vor zwei Jahren gesagt. Wir werden gewinnen. Ich habe ein wenig den Eindruck einer Situation wie vor der bürgerlichen Revolution. Diese autonomen oder auch alternativen Dinge: ein neuer Typ von Gesellschaft, der sich bereits innerhalb der alten Gesellschaft zu entwickeln beginnt, wie damals die bürgerlichen Organisationen vor dem Umsturz. Es wird Auseinandersetzungen geben bis zu dem Punkt, wo wir die Übermacht gewinnen. Natürlich bestehen Gefahren: In Italien war es die Unterschätzung des Staates, das heisst die Brutalität eines wirklich wilden Staates, der seine Herrschaft etwas unvorhersehbar verteidigt. Das war es, was in Italien passierte, was die Autonomen nicht vorausgesehen haben. (...) Heute ist es den Autonomen fast unmöglich zu handeln – wenn du sagst, ich bin ein Autonomer, riskierst du, verhaftet zu werden.»

um radikale Oppositionelle für unbestimmte Zeit in U-Haft zu stecken.

«Der Staat hat das Recht, sich zu verteidigen»

Zur Situation in Italien hat sich Giorgio – kurz vor seiner Verhaftung – in einem Interview mit dem «Kulturmagazin» geäußert. «Es ist eine unglaubliche Repression», sagte er, «Tatsache ist, dass heute fast alle «Kader», die sich im Verlauf der 70er Jahre formierten, im Knast sitzen. Das sind 2000–3000 Leute, zehn Prozent all derer, die in Italien im Gefängnis sind.»

Wie kam es zu dieser Verhaftungswelle? Die Opposition gegen den bürgerlichen Staat ist in keinem anderen westeuropäischen Land so stark und gleichzeitig so radikal wie in Italien. In den Betrieben, in den Schulen und Universitäten, in den Knästen – überall sind immer wieder neue spontane Massenbewegungen entstanden. Entsprechend italienischer Partisanen- und Mafia-Tradition werden die Kämpfe teilweise sehr militant geführt, und es hat sich eine schlagkräftige Stadtguerilla entwickelt. Gleichzeitig hat das Heer der freiwilligen und nichtfreiwilligen Arbeitslosen riesige Ausmasse angenommen – darunter sind vor allem junge Leute, die ein neues Subproletariat bilden und sich dem Staat verweigern, wo immer möglich.

In all diesen Bewegungen spielen die «autonomen» eine wichtige Rolle. Während die «Roten Brigaden» als marxistisch-leninistische Kaderpartei ausschliesslich klandestinn operieren, sind die Autonomen eher eine Strömung, eine Bewegung ohne einheitliche Organisation; Teile von ihnen hatten sich bewaffnet, aber gleichzeitig waren andere in der «Legalität» politisch aktiv. Zwischen den Autonomen und den Brigate Rosse (BR) fanden heftige Linienkämpfe statt. Dazu Giorgio Bellini: «Dawerein Netz von Zehntausenden von Leuten, die zwar gegen die BR waren, sie aber dennoch gefühlsmässig unterstützen. (...) Diesen Stumpf auszutrocknen war absolut wichtig für den Staat.»

Nicht nur für den Staat, auch für die staatsstreue Partei in Italien, die KPI: Die autonomen Bewegungen haben ihr an der Basis immer mehr das Wasser abgegraben – um so verbissener unterstützte die KPI-Führung deshalb die staatliche Offensive gegen die Autonomen. Am 7. April 1979 – dem «Schwarzen Freitags» – wurden in einer Grossrazia 74 bekannte «autonome» festgenommen; inzwischen sind es bereits Hunderte, die in der U-Haft auf ihren Prozess



Fremdarbeiter-Ausverkauf, bewilligt: 4./5. April, in der ganzen Schweiz

Fotomontage: Walter Erb

Im Schatten von Brokdorf

Von Reini Schärer

Auf dem Veranstaltungsplakat sah es vielversprechend aus: Ökosozialist Rudi Bahro, Heinz Brandt, «grüner» Gewerkschafter in der BRD, und Richard Müller, Boss der institutionalisierten Schweizer Arbeiterbewegung, stellen sich im Zürcher Volkshaus interessierten AKW-Gegnern. Doch seit der Planung dieser Veranstaltung im letzten September hatte sich die Ausgangslage der Diskussion wesentlich verändert: Zürich ist immer noch bewegt, aber nicht wegen AKWs – die Grüne Partei in der BRD hat sich nicht zu einer Hoffnung, sondern zum mühsamen Konstrukt entwickelt – Kaiseraugst steht zwar drohend vor der Tür, aber die Reste der Schweizer Anti-AKW-Bewegung üben sich in der demokratischen Tugend des Unterschriftensammelns – Brokdorf brachte schon vor der 100 000er-Demo vom 28. Februar die Bonner Regierungskoalition ins Wanken.

Die Hoffnung, Brokdorfer Rezepte für Kaiseraugst und Graben zu erhalten, blieb unerfüllt, denn die Strategen am Diskusstisch dachten in grösseren Zusammenhängen. Von Heinz Brandt und Richard Müller werden die nach dem Wiedergewinn eines eigenständigen Aktionsfelds dürstenden AKW-Gegner auf den langen Marsch durch die Institutionen verwiesen. Dieser Marsch soll besonders im Schweizerischen Gewerkschaftsbund vielversprechend sein, denn dessen neues Programm gibt ausdrücklich den qualitativen Forderungen den Vorzug gegenüber dem traditionellen «mehr und mehr». Richard Müller betonte mit viel Einsatz, dass mit diesem Programm die Voraussetzungen geschaffen seien, ökologische Ziele auf demokratischem Weg

durchzusetzen – der einzige Weg, den die Gewerkschaften je gehen werden.

Den echten Widerspruch zwischen herkömmlichen Gewerkschaftspositionen und realen Bedrohungen griff Rudi Bahro auf: Kriegsgefahr, Zerstörung der Umwelt und Verelendung der dritten Welt sind die Probleme, die zwischen dem Jetzt und unserer Utopie stehen. Ein breites Bündnis muss möglich gemacht werden, um diese Probleme des «Industriesystems» politisch zu meistern. Im Klartext: Die durch den entwickelten Kapitalismus (inklusive Staatskapitalismus) verursachten Bedrohungen bilden den Ansatzpunkt zu einem revolutionären Bewusstseinsprozess – nicht mehr ausschliesslich die Produktionsverhältnisse.

In der Publikumsdiskussion wurde der strategische Höhenflug brüsk gebremst: Brokdorf (und die Zürcher Bewegung) rückte die Frage der Militanz gegen das «System» in den Brennpunkt. Die Referenten waren sich weitgehend einig in der Abwehr von Militanz. Teils aus Sorge vor einer «militärischen» Niederlage der Bewegung, sei es in Brokdorf, Zürich, Berlin oder anderswo – teils wegen der Beeinträchtigung von Bündnismöglichkeiten auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Frage blieb offen, ob nicht gerade die Solidarisierung von Gewaltfreien und Militanten die Schlagkraft der heutigen Bewegungen ausmacht. Die jüngsten Beobachtungen zeigen, dass bei Bewegungen im Aufschwung die Militanz nicht zunimmt, wohl aber deren politische Wirkung. Wenn im Abschwung eine Bewegung sich auch in ihren Aktionsformen (bis hin zum Terrorismus) radikalisiert, so vor allem als Folge der aggressiven

Polizeidispositive. Gemeinsamer Ansatz von Stadtbewegungen und Politikologen ist: «So geht's nicht mehr weiter!» Doch die «Bewegungen» erleben die Bedrohung als Griff an die Kehle und stehen dagegen auf mit selbstverständlichem Einsatz der ganzen Person. Die alten Kämpfer dagegen haben aus Niederlagen gelernt und wollen die «endgültige» Auseinandersetzung wohl vorbereitet bestehen. Rudi Bahro will den Marxismus aus seiner Koppelung an den expansionistischen Kapitalismus befreien, bevor die prophezeite «Explosion» eintritt – während zur gleichen Zeit Stadtbewegungen Teile des «Systems» implodieren lassen. Es ist zu untersuchen, ob und wie diese Erschütterungen funktionswichtige Teile des «Systems» treffen oder gar zum Einsturz bringen können. Die Angst der Herrschenden ist zwar sichtbar, aber ihre Waffen sind intakt.

INSERAT

EUROTRAIN

**Fahren im Zug.
Sparen im Zug.**

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

* Giorgio, lebt in den italienischen «autonomen»-nahestehend, lebt in Zürich und war zuletzt als Zeichner der Redaktion des «Eisbrechers» bekannt.

Fortsetzung auf Seite 4



Die Audienz des Monats

voreilig, göttlich und ein bisschen pervers

Heute mit dem Eiligen Vater, Handelsreisenden in Sachen Moral

dk: Eiliger Vater, Ihr seid seit 563 Jahren nicht mehr in der Schweiz gewesen, warum pressiert's Hochwürden jetzt so plötzlich? Der Eilige Vater: Solange die Schweizer die Fristenlösung nicht eingeführt haben, macht die Verhütungsbranche noch tolle Geschäfte. Ich möchte die Aktienmehrheit in der Basler Chemie und bei den Gummiwerken. Den Kauf der Kupferminen in Chile habe ich bereits mit meinem Freund Pinochet telefonisch besprochen. Ist quasi geborgt.

dk: Wohin wird denn Ihr Heiliger Stuhl in der Schweiz getragen? Der Eilige Vater: Nein, nein, der Stuhl ging ist ganz normal (mit Blick nach oben), Gott sei Dank!

dk: Nein, doch nicht der, der andere... Der Eilige Vater: In die Städte, wo sich meine Gläubigen zusammenballen, natürlich. Für die Pilgerfahrt nach Einsiedeln beschleunigt man eigens für Meine Eiligkeit den Bau einer Bahn. Im Gepäckwagen schuf man mir eine Suite, damit ich die Lebensbedingungen der Behinderten kennenlernen: Die muss ich ja auch noch segnen.

dk: Und in die Schulen, die Euer Hochwürden dauernd verteuern, ah verarsch... ah vergöttern, können Ihre Heiligkeit sich problemlos einfinden?

Der Eilige Vater: Problemlos in meinem Alter! Aber über die pikanten Details meines Intimlebens rede ich erst in der Calvin-Stadt. Den alten Puritanern wird noch Hören und Sehen vergehen.

*Aus Platzgründen drucken wir nur die deutsche Fassung dieses Gesprächs ab. Der Eilige Vater hat in allen vier Landessprachen gesprochen.

Zur Erinnerung

haben wir allen Abonnenten/Abonnentinnen, welche die erste Rechnung zur Erneuerung des Abos verlauert, vergessen, verloren haben, eine zweite zugestellt. Möge sie kein ähnliches Schicksal erleiden! Wir bitten Sie, in den nächsten Tagen einzuzahlen, andernfalls wäre dies das letzte «konzept», das Sie erhalten. Und das möchten Sie doch auch nicht? Oder nicht? Oder doch? Wir würden es jedenfalls bedauern.

Wie kommt Video?

«Video kommt» von Marianne Fehr und Jean Richner in «das konzept» 1/81 (Filmbeläge).

Video kommt haufenweise, und dies scheint einige Leute zu erschrecken, denn was massenweise auftritt, unterträgt jeden Avantgardismus. So ist der noch relativ junge Zweig der «Video-art» in Gefahr, von ein paar Millionen Heimrecordern weggefegt zu werden und im riesigen Video-Eintopf unterzutauchen. Dieser stellt sich bei näherer Betrachtung als eine Unzahl verschiedenster Anwendungen der magnetischen Bildaufzeichnung dar: in politischen Gruppen und Gruppentherapie, bei Polizei und Sport, beim Fernsehen usw. Je nach Bereich ergeben sich die unterschiedlichsten Eigenheiten, deren einzige Gemeinsamkeit in einem technischen Verfahren liegt. Doch heisst dies nicht, die Technik zu ungunsten gesellschaftlicher Bezüge zu verabsolutieren?

Von daher ist es nicht verwunderlich, dass Video einmal als fortschrittlich (bei Bürgerinitiativen usw.) und ein andermal als herr-

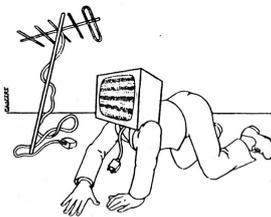


schaftsichernd gilt. Darf man daraus schliessen, der Gebrauch eines Mediums bestimme seinen Inhalt? Wäre dies der Fall, so handelte es sich nur darum, die (richtigen) Gebrauchsweisen zu liefern. Der im Artikel «Video kommt» als elektronische Spielerei etikettierten Ausstattungen der Heimrecorder (Zeittape, Zeitraffer, Standbild) fielen eine neue Rolle zu: Sie würden dann erst einmal einen anderen Umgang mit dem Fernsehen garantieren. Jeder könnte an den aufgezeichneten Sendungen herummanipulieren, also zum Beispiel «Dalli, dalli» in Zeittape und «Was bin ich?» in Zeitraffer abspielen. Wie belämmert einige Sendungen sind, würde sich klar herausstellen. Jeder gewänne damit wieder ein Stück Unabhängigkeit dem Fernsehen gegenüber. Doch vielleicht wirken die elektronischen Spielereien auch ganz anders. Sie könnten einfach den «normalen» zeitlichen Ablauf einer Sendung durchbrechen helfen, und damit würden sich wieder nur Bilder, «reine» Bilder herstellen, ähnlich wie etwa in «Sauve qui peut», wo solche Heimrecorder praktiken scharenweise vorkommen. Mit dem Zeitraffer gewann man wieder mehr fernsehfremde Freizeit. Auf der 8-Std-Kassette raste man durch die TV-Landschaft und unterste seine Reise nur dort, wo sich ein Reiz, das heisst etwas Interessantes, zeigte.

Trotzdem scheinen einige Zweifel diesen «emanzipatorischen» Techniken gegenüber angebracht, und die Frage bleibt, ob sich mit einem alternativen Gebrauch plötzlich alles umkehren lässt, das heisst der Betrachter zum Macher wird. Vielleicht sollte man sich überhaupt vom Begriff des Mediums lösen. Im Medium schwingt immer schon das satissam bekannte Sender/Empfänger-Modell mit. Je-mehr spricht, und ein anderer hört zu. Dreinreden gibt es da nicht. Jetzt spreche ich, und du schweigst! Wenn du mich zu unterbrechen versuchst, sage ich dir: «Lassen Sie mich jetzt ausreden, ich habe Sie vorhin auch ausreden lassen!» So reduziert man sich selbst auf starre Funktionen, man wird Ab-geordneter. Mit

Video lässt sich dieses Schema wenigstens der Möglichkeit nach unterlaufen. Aufnahme und Wiedergabe fallen zusammen...

Wenn die Heimrecorderhersteller suggerieren: «Machen Sie Ihr TV-Programm selbst», wäre man schon fast zu antworten versucht: «Macht es doch selbst!» Aber da gibt es ja schon ein paar Dutzend Videofilmhersteller, die mit ihren Produkten den neusten Stand der Markt überfluten. In ihrem Angebot nehmen Titel wie «Griechische Feigen», «Buntparade», «Deep Hole» usw. mehr als die Hälfte ein. Vereinfacht scheint das Sortiment aus einer einzigen Subtraktionsrechnung zu bestehen: Gesamtangebot minus TV-Sendungen. Hier wird auch klar, wogegen sich dies alles richtet, gegen das öffentliche Fernsehen. Hierfernsehen nämlich, dessen starrs Programm schema geknackt werden soll. Der Zweikampf privates/öffentliches Fernsehen könnte sich insofern sehr rasch verschieben, weil mit dem Vertrieb beliebiger Videokassetten diese Auseinandersetzung mitten ins Herz des öffentlichen Fernsehens, der Programmstruktur, hineingetragen würde. Fürs Fernsehen ergäbe sich dadurch ein verschärfter Konkurrenzdruck, was mit einem enormen Kostenanstieg ausgehlichen werden müsste. Dies wiederum bedeutete mehr Werbung, um attraktiver Sendungen produzieren zu können. Weiter abzusehen wären: Verbot von Zweitsehtagen, Sendungen in der Art eines Wunschkonzerts für die Videothek und vor allem mehr Live-Sendungen, die die Aura, die Einmaligkeit von Fernsehereignissen zu unterstreichen suchten. Hier Prognosen zu stellen ist ziemlich gewagt, weil sich immer noch drei unterschiedliche Systeme gegenüberstehen. Es ist auch nicht abzusehen, ob



und wann sich ein einheitliches Kassettensystem findet bzw. durchsetzt. Auf der anderen Seite darf man wohl auch nicht in eine Warten-auf-Godot-Haltung verfallen und auf das eine, universale System hoffen. Wieso muss ein System herrschen?

Im Moment liegt in der ständigen Innovation wohl das grösste Hindernis für eine umfassende Verbreitung. Was dann auf uns zukommen wird, lässt sich jetzt schon ablesen: Videoprogrammzeitschriften, die in Kalenderform vorschreiben, welche Sendungen es sich aufzuzeichnen lohnt, Kassettentauschbörsen, wo jede Menge Urheberrechte auf der Strecke bleiben (der Bundesgerichtsscheid über Urheberrecht und Kabelrundfunk kommt hier allemal zu spät), unzählige Kombinationsmöglichkeiten zwischen TV, Telefon, Recorder, Bildschirmtext, Mikrocomputer usw. Was darf sich der Benutzer von all dem erhoffen? Nicht viel, ein paar Geräte mehr und eine elektronische Aufrüstung des Wohnzimmers. Das Schreckgespenst einer totalen Bildschirmkommunikation (wie war das übrigens damals mit dem Telefon?) liegt im Hinterbereich noch in der Ferne. Wichtiger schein im Zusammenhang mit den Heimrecorder die neue Arbeitsteilung zwischen den Fernsehanstalten und den Zuschauern. Der Zuschauer soll sich sein eigenes Programm zusammenstellen: den Kanal X für festliche Anlässe. Der Zuschauer muss dieselben Kriterien, die zur Ausstrahlung einer Sendung führen, nochmals auf sich selber anwenden, das heisst, er trifft eine Auswahl aus einem Programm, auf das er keinerlei Einfluss hat, unter dem Gesichtspunkt eines allgemeinen Interesses (= Selbstbelügung). Oder er soll mit seiner Kamera dem öffentlichen sein eigenes privates Programm entgegenstellen, welches als Programm aber immer dem grossen öffentlichen Modell hinterherhinkt.

Wenn die Autoren des oben erwähnten Artikels schreiben, dass «ein Videorecorder-Bild (...) im Vergleich etwa zum 35-mm-Film eine bis zu 50mal geringere Auflösung (hat), das heisst, das Ausmass der Informationen, die das Bild von der aufgetzeichneten Wirklichkeit wiedergibt, 50mal geringer» ist, so darf man zurückfragen, wieviel Wirklichkeit? Mit dem Argument der schlechten Bildqualität jedenfalls lassen sich die Videorecorder nicht vom Tisch fegen. Wer kann sich gleich eine schwedische 2-Zoll-Studiomaschine leisten? In diesem Zusammenhang wären kleinere tragbare Geräte (Kameras mit eingebautem Recorder) wichtiger als die Wehklage über mangelnde Bildqualität, um endlich produzieren zu können, wenn auch vorläufig nur für den Hausgebrauch. M. Müller, Adliswil

Von Peggy Parnass



aus «konzept» Nr. 1/81

Frühlingsprosa

Du zeigst mir das Titelbild, um mich zu inspirieren. Ich find's sehr lustig. Ja, lustig, eben nur lustig. Dieser prall gewölbte Hintern, der beherrschte Griff, die Lässigkeit der Frau, das Be-Greifen des Mannes. Ja, schön zum Lachen. Du sagst: «Die Frühlingsnummer... Du weisst, Knospen, Liebe, Annahme, leichte Kleidung», und damit hab ich's nun gar nicht in Zusammenhang gebracht. Knospen? Frühling? Wann war denn das? Mir scheint, d i e Jahreszeit hab' ich letztesmal übersprungen. So, wie die Engländer sagen: «Sommer? D e n hab ich letztes Jahr verpasst, da war ich gerade auf dem Klo.»

Ich hab' nicht nur die Jahreszeit übersprungen, ich hab' alles, was damit zusammenhängt, ausgelassen. Im Frühling, im Sommer, im Herbst und im Winter. Du willst, das ich aufschreibe, was mir zu diesem Bild einfällt. Was Sinnliches soll es sein. Und dazu fällt mir nur ein, dass es allerhöchste Zeit ist, dass mir Sinnlichkeiten mal wieder einfallen, Knospen, Düfte, saftiges Gras, Blumen, Grün, Durchatmen, laue Nächte, Gelächter...

In meinem Kopf sind nichts als Waffenhändler, korrupte Politiker, fruchtlose Überlegungen, wie wir stärker werden können, stärker als die, die uns mit ihren Waffen in der Hand haben. Gerade heute wünsche ich mir die Macht, Politiker entmündigen zu lassen, um nicht länger mit hängender Zunge gegen ihren Wahnsinn anlaufen zu müssen.

Noch vor einer Viertelstunde war dieser Griff zum prallen Po für mich nichts anderes als ein lustigeres Schulterklopfen. Die Arschbacke von jemandem anfassen, tut ich auch gern in aller Herzlichkeit; ohne den Wunsch, meine Hand dann weiter zum nach vorne zu bewegen. Jetzt wünsche ich mir wirklich, den Kopf wieder frei zu haben. Frei für Sehnsüchte. Nicht nur die Sehnsucht, gerade eben und eben zu überleben, sondern wirklich zu leben.

Ich krieg ja nicht nur den Frühling nicht mehr mit, auch der Fasching ist mir schiessegal. Sonst war's mir wichtig, drei, vier Tage und Nächte durchzutanzeln. Jetzt lese ich in der Zeitung, dass Fasching schon gewesen ist.

Ich möchte meine Leichtigkeit wiederhaben, ich möchte meine Sinnlichkeit zurückhaben, schwerelos zu sein, nicht nur lachen, wenn ich einen schwarzen Witze höre, sondern herzlich. Ja, das stimmt: ich lache sogar nur noch durch änen Kopf. Und dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass ich von Kopf bis Fuss gelacht hab', manchmal richtig hingefallen bin vor Lachen - und das war dann noch 'n Grund zum Lachen.

Und ich wünsche mir, dass, wenn Frühling, Verliebtheit, Liebe und ähnliches mehr erwähnt werden, mir mal wieder was anderes einfällt als die Komplikationen, die daraus entstehen. Jetzt seh' ich erst: dies Bild ist eigentlich sehr sinnlich. Ja, eigentlich s e h r sinnlich sogar.

Ich glaub', ich häng's mir an die Wand. Als Gedächtnisstütze.

Unser Briefkasten für Ahnungslose



Lieber Herr K. Osum in Ent.: Tja, da haben Sie ja tüchtig in den Geldsack gegriffen im Januar 81 und 6,6 Prozent mehr Güter gepostet als im Vorjahr. Von wegen Januarloch! War ja auch ein verdammter kalter, frustiger Monat, dieser Januar, da darf es zum Trost emol es bitzeli mee si. Gespachtelt und geöffnet haben Sie, wie mir das Biga mittelteil, nicht soviel - oder gehören Sie am Ende zu denen, die ihren Schnaps in den zollfreien Gebieten holen? Aber auf «dauerhafte Güter» waren Sie besonders scharf: Ein neues Auto mit Zubehör (weil der GT doch nicht so dauerhaft ist?), Möbel (die rustikale Wohnwand durch eine beschwingte schwedische ersetzt), Sportartikel (Rollschuhe mit Vorder-

radantrieb) und ein paar Haushaltgeräte (zum Beispiel eine automatische Mangoschälmaschine). Für Ihre Vernunft beim Einkaufen will ich ihnen auf jeden Fall sümbölich die Hand schütteln: Bravo, am derzeitigen Modetrend, dem Run auf dauerhafte Schaufensterscheiben, haben S i e sich nicht betaugt.

Nein, liebe Frau A. J. in Z., diesmal haben nicht S i e sich betaugt. Die Firma, die ihren Geschäftsführer feuerte, weil er sie mit seiner verständnisvollen Einstellung zur Jugendbewegung nicht mehr recht fröhlich werden liess, hiess tatsächlich n i c h t «modissa», wie man das von einem anständigen Modehaus erwarten könnte, sondern hat sich unter dem irreführenden Namen «Spengler» installiert. Wie DIE TÄTER dermassen danebenverworfen konnten? Entweder waren alles ortskundige Analphabeten, oder aber ihnen hat die neue Frühlingskollektion von «m», die nach gehabtem Schall und Rauch sportbillig zu haben war, einfach besser gefallen als die Klammotten von S. Schliesslich leben wir immer noch in der freien Marktwirtschaft, oder?



Die Führung der katholischen Kirche in El Salvador hat der militanten Opposition im Bürgerkrieg die Unterstützung verweigert: Der Zeitpunkt für einen Volksaufstand sei falsch gewählt. Nach kirchlicher Moral sei eine Volkserhebung nur dann berechtigt, wenn erstens die Machthaber ihre Macht missbrauchen und zweitens alle Mittel für eine friedliche Korrektur der Zustände ausgeschöpft seien. Drittens müssten die Übel, die den Aufstand begleiteten, geringer sein als diejenigen der bestehenden Lage, und viertens müsse das Volk Gewissheit haben, den Kampf zu gewinnen. In El Salvador sei aber bis jetzt nur die erste dieser vier Bedingungen erfüllt, nämlich dass die Machthaber ihre Macht missbrauchen. Meinen Sie sich für politische Zwecke missbrauchen - die Zeitungen hätten in gleicher Masse darüber zu schreiben wie über die Selbstverbrennung von Jan Pallach. Es scheint mir immer noch ein Unterschied zu sein, ob eine Medikamentensüchtige sich wegen eines AJZ verbrennt oder ein Bürgerrechtler wegen Verletzung der Menschenrechte, ob man den gewünschten Grad an Autonomie für ein Jugendzentrum nicht erhalten kann oder ob man gegen Insulinschocks in psychiatrischen Anstalten protestiert. Christian Schreff

INSERAT
Optik Iselin
Rämistrasse 39, 8001 Zürich
Telefon 01 69 44 41

das konzept
DIE MONATSZEITUNG

Redaktion: Marianne Fehr, Georg Hodel, Nicolas Lindt, Liselotte Suter
Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.
Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern.
Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel.
Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandene Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.
Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).
Erscheinungswiese: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschaftsschulen und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32.000.
Abonnemente: pro Jahr 22 Fr. (Ausl. 30 Fr.). PC-Konto 80-37626.
Insarate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Tel. 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651. 1-sp.-m-Zeile (27 mm) - 72 Fr. Gültiger Tarif Nr. 82.
Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich



Symbolischer Händedruck für die Fotografen und die Kameras einer französischen Nachrichtenensendung: Paul Tibbets, der Pilot der USA-Maschine, die am 6. August 1945 die Atombombe auf Hiroshima warf, und Schwester Nobuka, die damals 14jährig das Atom-Inferno überlebte.

Wir geben nicht jedem die Hand - aber vielen eine Zeitung

«das konzept», Jahresabonnement 22 Fr., Ausland 30 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnemente stets bis Ende Jahr.

- Ich bestelle ein bis Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
- April 81 bis Dezember 81 für 18 Fr. (Ausland 26 Fr.)
- Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)
- Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrund)

Name: _____ PLZ, Ort: _____
Adresse: _____ Datum: _____ dk 3/81

Talon einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

«Seelenstrip»?

«Ich zünd' mich an» und «All the news that's fit to print» von Niklas Meienberg in «das konzept» 1/8

Der Selbstmord von Silvia Z. am 12. Dezember ist - wie alle ihre Suizidversuche davor - ein trauriges Ereignis. Es steht dem «Konzept» deshalb nicht zu, dermassen respektlos über dieses menschliche Schicksal zu berichten. Geschmacklos und äusserst lamentabel finde ich den Artikel von Niklas Meienberg, der in Silvia eine Märtyrerin sehen will und

Schaffhausen: Von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen

LE PROVINCIAL

Wenn Köbi H., 32, gelernter Schreiner, bald gelernter Sozialarbeiter und vorläufig noch Oberleutnant der Schweizer Armee, Politik macht, dann macht er sie ganz: nicht mit der Abgabe eines Stimmzettels oder dem Kauf von demokratischen Ablassbilletten. Sei es als Dienstverweigerer für die Gewaltlosigkeit oder als Stadtpräsidentenkandidat gegen politische Bevormundung – Köbi setzt sich als Person ein, nicht für ein politisches Programm, sondern in der unerschütterlichen Hoffnung, dass andere das auch tun. In Schaffhausen und anderswo.

Wenn du, heute in irgendeinem Laden erkannt wirst: Was begegnet dir meistens: Bewunderung, Distanz? Und gelten diese Reaktionen dem Stapi-Kandidat oder dem Dienstverweigerer und Oberleutnant Köbi Hirzel?

Weil beides miteinander lief, kann ich auch die Reaktionen nicht klar trennen. Tatsache ist, dass ich, ausser einmal, per Telefon, noch nie negative Reaktionen bekommen habe. Und diese negative

Unser Köbi Hirzel

sprach mit Stefan Hartmann, Georg Hold und Liselotte Suter vom «konzept»

Stimme ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass wir kurz vor Weihnachten, als ein ganzes Bataillon in der Stadt einmarschiert ist und rund um den Christbaum den Fahnenabgabeband durchführte, mit Plakaten ganz deutlich im Weg standen.

Ich glaube dadurch, dass Schaffhausen so klein ist, gibt es auch die andere Seite, dass du, wenn du dich exponierst, eher etwas ausdrücken kannst. In einer Stadt wie Zürich würde das untergehen. Wenn ich in Schaffhausen an ein von der Kirche organisiertes Podiumgespräch zum Thema «Die Jugendunruhen und wir» gehe und im Publikum irgendwann die Hand aufhebe und etwas sage, dann wird das beachtet. Da ergibt sich ein gewisses Gewicht, das ich sonst nicht hätte.

Wie bist du überhaupt nach Schaffhausen gekommen?

Konkret bin ich wegen einer Frau dahin gezogen. Aber ich muss vermutlich vorher anfangen, bei meinem Aufbruch aus dem Zürcher Oberland. Ich bin in einer bürgerlichen Familie aufgewachsen. Mein Vater hat eine Schreinerei. Ein mittelgrosser Betrieb mit 25 Angestellten. Er macht Inneneinrichtungen, genauer: solche für die oberen Zehntausend, die den Stutz haben für so etwas, für die Banken und das «Baur au Lac» in Zürich. In allem, was ich tat, ging mir ein bestimmtes Image voraus – Sohn des Gewerbeschulkommissions-Präsidenten etc. Das hiess für mich dann auch, nicht in die Bude einzusteigen, weil ich mich nicht durch soziale Umstände der Arbeit – ich habe auch Schreiner gelernt – bestimmen lassen, nicht nicht an die entsprechenden Schichten der Kundschaft anpassen wollte. Denn mitmachen in der Bude bedeutete auch in die Freisinnige Partei eintreten, Bart ab und ein standesgemässes Auto besitzen, mich bürger-

«Vom Schulleiter, Herrn S., konnte ich erfahren, (...) dass beim Beklagten seit dem Wegzug vom Elternhaus eine innere Wandlung vorgegangen sei. Dies bedeutete aber sicher nicht, dass Hirzel Hans-Jakob ein schlechter Mensch geworden sei. Über den Angeschuldigten sei nichts Nachtelliges bekannt.»

(Aus dem «Führungsbericht» der Kantonspolizei Schaffhausen, der vom Militär «wegen Mitmarschierens an einer militärischen Demonstration während der Wehrvorführung... [Seethaler Festspiele 1979] angefordert worden war.)

lich-politisch betätigen in dem Kaff, und all das. Ich musste ausziehen aus dem Zürcher Oberland. Und so hat es mich über Indien schliesslich nach Schaffhausen verschlagen. Da konnte ich zum erstenmal erfahren, wie es ist, zu existieren, ohne dass einem ein bestimmter Ruf vorausgeht, ohne dass man festgelegt wird. Einmal mich selbst sein.

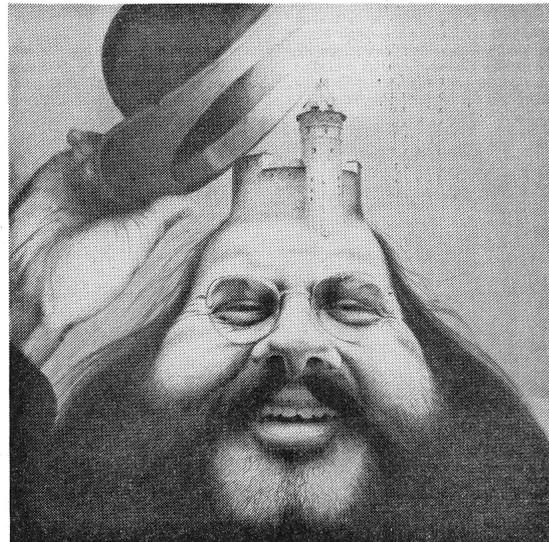
Angefangen habe ich in einem Erziehungsheim, wo ich zweieinhalb Jahre gearbeitet habe. Die Erfahrungen haben mit dazu beigetragen, dass ich begann mich im Sozialen zu engagieren: Weil ich die Missstände im Heim sah und auch beim ganzen Aufbau der sozialen Institutionen. Die Verwaltung von Menschen. Hat mich recht nachdenklich gemacht.

Du bist also aus dem sozialen Milieu herausgekommen, aus dem du aussteigen wolltest. Und wie hast du am neuen Ort angefangen? In einer Gruppe, einer Szene? Oder eher allein, auf dich gestellt?

Ich habe zwei, drei Leute gekannt. Aber eigentlich habe ich ziemlich bei Null angefangen. Durch die Arbeit im Erziehungsheim habe ich mich in der

ersten Zeit nicht gross mit Schaffhausen beschäftigt, nur mit der Bütz.

Ich hab oft gearbeitet, wie die anderen frei gehabt haben, Samstags- und



Plakatentwurf: Peter Wanner

Sonntagsdienste. Zuerst hab' ich aber gar nicht gemerkt, dass mir der Input von aussen fehlt, wenn ich mich ausschliesslich mit dem Heim, den verhaltensgestörten und mitweggeschickten Jugendlichen, abgebe. Später erst habe ich begonnen, mich in Schaffhausen umzusehen, wer wo anzutreffen ist. Und da hab' ich dann gemerkt, dass man halt in der «Uferna» oder damals im «Bergmann» hockt. Die zwei, drei Spünten halt. Und dass man im Sommer mit dem Weidling auf den Rhein geht und sich im «Scharen» oben trifft. Da war der Anschluss an den Kuchen eigentlich gefunden.

Und wie war dieser Kuchen, soziale Kontakte, straff organisierte Grüppchen, Spontis?

Eigentlich hat sich da alles vermischt: die Politischen und diejenigen, die finden, man müsse den Rhein erhalten und ja nicht die Umwelt zerstören, und die Mikrobiologischen... Schaffhausen ist kleiner als anderswo. Das ganze war irgendwie noch überblickbar.

Es war eine gute Stimmung, spontane

Fester. Viele machten zusammen Musik. Ein reges Ausbrüten und Diskutieren von Möglichkeiten, anders zu leben. Aber da gab's auch politische Sachen, zum Beispiel die «Aktion Rhys»:

Als die Autobahnanschluss von Singen bzw. von Stuttgart nach Zürich über den Scharen ziehen wollten, über die Kulturwiese Schaffhausens, den Ort, wo man sich noch treffen kann, hat es massive Proteste gegeben. Unter anderem zu einer einmaligen Demo auf dem Rhein mit Booten und Bööleln aller Art, Luftmatratzen, Autopneus etc.

Bekannt ist vermutlich vor allem das «Bantli», eine Siedlung der Georg Fischer AG (GF), die sich sehr dazu geeignet hätte, eine grössere Kommune einzurichten, eine Gemeinschaft, die auch eine Landwirtschaft entwickelt. Die GF hat sie dann in den frühen Morgenstunden ausgeräumt und abgebrochen. Da ist

Kommunalpolitik genannt und waren vielleicht zwanzig, dreissig aktive Leute. Das wären die Leute gewesen, die etwas hätten anreissen können, die Power hatten, am Ball waren. Aber durch die interne Diskussion, ob etwas produktiv oder kontraproduktiv sei, ist vieles zur Sektiereraktion verflacht.

Ich selber habe sympathisiert. Zuerst mit der POCH, ich fand vieles in ihrem Programm, das mir passte, dann wurden mir die bürokratisch. Ich merkte, dass die RML ebenfalls Sachen vertritt, die mir gefallen, die mich interessieren konnten. Aber ich sah auch, dass die Leute vor lauter Politisieren kaum mehr Zeit zum Leben hatten. Was soll's, wenn ich an etwas nicht mehr den Plausch haben darf, nur weil es zuwenig politisch ist. Kurz, es gab nichts, wo ich ganz dahinterstehen konnte.

Ich habe mich dann ziemlich aktiv der AKW-Bewegung angehängt, bis mir auch die zu bürokratisch wurde. Und dann kam irgendwann der Sommer bzw. Frühling 80. In Schaffhausen fanden Wahlen statt. Die SP verzichtete auf einen Stadtpräsidentenkandidaten. Damit war klar, dass es eine stille Wahl für den bisherigen Freisinnigen Schwank werden sollte.

Wie kommt denn die SP, immerhin die stärkste Partei in Schaffhausen, dazu, zu verzichten?

Die Bürgerlichen zusammen sind eh immer stärker. Und der angegangene SPler Reiniger wollte nicht, da haben sie niemanden mehr gehabt oder haben wollen. Ausserdem ging das Gerücht um, die SP-Bosse hätten Bringolf versprochen, zu seinen Lebzeiten keinen neuen Kandidaten aufzustellen, um seine Glorie nicht zu trüben.

Da bist du als Konkurrenz Kandidat eingespungen?

An einem Fest bei uns habe ich in die Runde geworfen: Ich kandidiere auch für das Stapi-Amt. Die Reaktionen waren gut. Ich ging mich also ins Stadthaus erkundigen, wie man Stadtpräsident wird. Schon im Treppenhaus traf ich eine Beamtin, die mich zuerst gross anschaute und dann erklärte, da müsse ich nichts Besonderes unternehmen, einfach meinen Namen publik machen. Der Stadtschreiber bestätigte die Auskunft: einfaches Mehr genügt.

Wir haben zwei, drei Sitzungen gemacht, zu denen ein gutes Dutzend Leute kamen. Viele Leute fragten mich jetzt: Was willst du denn eigentlich, du musst doch ein Programm haben, musst dich profilieren. Die grossen Diskussionen, was es nun zu verfechten gebe. Ich war dagegen, das lief doch auf genau gleiche hinaus: Ich sollte wieder irgend etwas als die Wahrheit verkaufen, etwas anpreisen und versprechen, das ich letztlich nicht halten könnte. Die Machtverhältnisse im Stadtparlament sind doch so, dass du als Stapi grösstenteils Hampelmann bist, du hast bestimmte Machtbefugnisse, aber du kannst kaum ein Anliegen auf eigene Faust durchsetzen. Und dann wollte ich ja nicht nur gegen die Stille Wahl auftreten, sondern auch gegen das Wahltheater überhaupt, bei dem jeder viel verspricht.

Du hast dann also nur – vorwiegend ironisch – Eigenwerbung gemacht? Oder habst ihr dann doch noch «ernsthafte» Programmpunkte vertreten?

Das Ernste stand eigentlich auf der

Rückseite des Wahlplakats, das wir in Flugblattform verteilt haben: dass ich in dem Theater nicht mehr mitmachen wollte, dass ich nicht jemand werden wollte, der einfach Repräsentationsfunktionen übernimmt, aber eigentlich gar nicht in der Lage ist, eine Stadt zu präsidieren. Dass ich mitschuldig sei an dieser Situation, solange ich die Politiker einfach gewähren lasse, gehorche, die Autorität akzeptiere. Damit wollte ich offenlassen, dass ich das, was ich persönlich für gut und richtig empfinde, auch für alle ändern lassen will. Politik sollte den einzelnen aktivieren, seine Bedürfnisse

«Hirzel macht durch seine Kampagne die bürgerliche Politik lächerlich. Die bürgerliche Politik ist aber nicht lächerlich, wie das Beispiel Zürich zeigt. Hirzel ist für mehr Lust in der Politik, Lust in der Politik ist aber erst möglich, wenn die Arbeitsplätze sicher sind...»

(Einschätzung des RML-Konkurrenten)

anzumelden: dass jeder sich selber für seine Anliegen zu wehren beginnt und nicht ständig delegiert, seine Stimme auf irgendeinem Zettel einfach abgibt.

Wie haben die Bürgerlichen auf deine Kandidatur reagiert?

Wenig. Die Zeitungen haben etwas gebracht, zum Beispiel die freisinnigen «Schaffhauser Nachrichten», das grösste Blatt am Ort. Die lustige Seite wurde hervorgehoben, das andere beiseite gelassen: «Der Politiclow». «Was will der schon?», «So kann man doch nicht Politik machen, regiere!». Sie haben dann eine massive Werbekampagne für Schwank laufen lassen, ein paar tausend Franken, die sie sonst wohl nicht hätten investieren müssen. Auch Leserbriefe hat's gegeben, ausschliesslich für Schwank, ob zufällig oder durch Zensur der «Schaffhauser Nachrichten» bleibe dahingestellt. Offiziell haben die Parteien nie Stellung bezogen.

Auch nach dem Wahlergebnis (ca. 3000 Stimmen für Köbi Hirzel) nicht?

Nicht gross. Man war erstaunt, dass so viele Stimmen zusammengekommen sind: 24%. Das hat sie etwas aufgeschreckt, aber nicht soweit, dass sie für sich irgendwelche Schlüsse daraus gezogen hätten.

Und was geschah mit den 24% Hirzel-Stimmen?

Da läuft fast nichts weiter. Unmittelbar nach der Wahl habe ich gedacht: Was machst du jetzt mit all den Stimmen? Ich muss doch was unternehmen. Doch dann habe ich mich dagegen entschieden. In der ganzen Kampagne habe ich es abgelehnt, irgendwelche Verantwortung, Leitfunktion zu übernehmen für die Leute, welche mir ihre Stimme gaben. Ich konnte jetzt nicht, nur weil es so viele Leute waren, etwas aufziehen, das nach meinen Vorstellungen läuft. Wenn sie die Stimme bewusst mir gegeben haben, müssten sie irgendwo wieder aktiv werden.

Was im Moment übriggeblieben ist: das Komitee gegen hässig-Gesichter am Arbeitsplatz und anderswo. Die schon im Wahlkampf eingegriffen und mir den bürgernen Stuhl überreicht haben. Leserbriefe geschrieben etc. Die werden in gegebenen Umständen sicher wieder in Erscheinung treten. Aber sonst...

Hast sich dein Exponieren gelohnt?

Sicher. Ich kann es in der Frage des Militärs am ehesten überblicken. Und da bin ich überzeugt. Da habe nicht ich, sondern zwar, die bei der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) mitarbeiten, gefunden, wir sollten auch sowas wie die IdK haben in Schaffhausen. Da ist jetzt etwas entstanden, und das würde auch ohne mich laufen. Da besteht keine Abhängigkeit von meiner Person.

Und was sind deine eigenen Pläne?

Sicher möchte ich einmal den Militärverweigerungsprozess weiterziehen. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, vor Gericht etwas zu sagen.

Nochmals kandidieren?

Das ist offen. Einfach wiederholen lässt sich die Situation nicht. Denn es geht mir ja nicht darum, Stadtpräsident zu werden, sondern etwas aufzuzeigen. Darum kann ich auch nicht sagen, dass ich in vier Jahren wieder kandidieren will. Das ging nicht auf.

Die konsequente Verweigerung des Obdt H.

Waren es teilweise wieder dieselben Leute wie bei der Stapi-Wahl, die sich bei «deinem» Militärdienstverweigerungsprozess engagiert haben? Immerhin hast du ja bedeutend mehr «Publikum» gehabt als andere Dienstverweigerer.

Köbi: Sicher hat das hineingespielt. Mein Name war mal publik. Und viele Leute haben sich moralisch solidarisiert, weil sie gut finden, was ich mache. So konnte die Öffentlichkeitsarbeit, die ich vor dem Prozess machte, auch einfahren: die Plakate, der offene Brief an die Soldaten, der Kontakt mit der Presse. Sogar unser Gratisanzeiger hat zweimal was gebracht. Bestimmt hat das mobilisiert, dass jetzt ich, der ich für den Stapi kandidiert habe, den Militärdienst verweigere. Viele Leute, die mir die Stimme gegeben haben, sind vielleicht wegen meiner Kandidatur besonders hellhörig geworden für den Prozess. Das war auch meine Absicht, dass wieder mehr Leute konfrontiert werden: mit der Militärjustiz und dem Militarismus allgemein, dass die Leute, die zu dem Prozess kamen oder eben kalte Füsse bekamen draussen vor der Tür, merken, dass die Justiz selektioniert, dass diese Leute Erfahrungen machen mit

dem Staat, mit dem Justizapparat, aus denen sie dann selber ihre Schlüsse ziehen können und ihre Gedanken gegenüber diesem Staat wieder einmal ankurbeln. Aber was diese Leute machen werden, wie sie sich verhalten, das weiss ich nicht. Es ist ja auch nicht meine Absicht, ihnen zu zeigen: so ist es, dies ist richtig, jenes falsch.

Man sagt immer, dass man in die Institutionen selbst gehen müsse, um etwas umzukrempeln. Ist das, beim Militär, ein Versuch von dir gescheitert?

Mir ist im Militär klar geworden, dass ich mit meinem Verhalten – über so etwas politisch Widerständiges wie Subventionskürzungen und gleichzeitige Neuanschaffung von Panzern zu

«Von eher phlegmatischer Art, arbeitet er ruhig, hat aber wenig Fähigkeit, anzufeuern und mitzureissen.» (Aus einem militärischen Führungsbericht über Obdt Hirzel Hans-Jakob)

diskutieren oder Befehle zu ver menschlichen soweit das überhaupt möglich ist – insofern scheiterte, als dass ich damit kaum Leute zum Denken anregen kann. Ich glaube, dass das nur bei ganz wenigen angeklungen ist. Man hat dann einfach gefunden:

Es ist lässig, mit dir einen WK zu machen, wir mögen dich irgendwie. Weil sie gespürt haben, dass ich ein Mensch bin und auch meine Zweifel habe. Mich in bestimmten Situationen recht verschissen fühle. Ich habe versucht, solche Dinge transparent zu machen. Wenigstens das herauszuholen, dass in den drei Wochen das Erlebnis aufkam, dass man auch anders miteinander umgehen könnte.

Und innerhalb des Offizierskorps selber?

Da kann man allerhöchstens soweit kommen wie bei den Soldaten: Nicht dass sie die Strukturen hinterfragen würden. Darum bist du, wenn du so funktionierst, ein sehr dienlicher Wasserträger für das System. An einem Prozess neulich in Winterthur hat einer seiner Schwierigkeiten in der RS geschildert: Wie er immer Mühe hatte mit dem Schiessen. Da habe er mit dem Zugführer ein Abkommen treffen können, dass er nur noch das Notwendigste schiessen musste. Worauf der Gerichtspräsident meinte, sehen Sie, es gibt ja auch menschliche Zugführer. Wenn das bei mir so ausgelegt wird, ist es ja nicht mehr das, was ich eigentlich wollte.



Politische Gefangene im Hungerstreik

Die Knastagitation der Behörden

Von Marianne Fehr und Res Strehle

Rund 30 Tage befanden sich in der Schweiz die drei RAF-Mitglieder Gaby Kröcher, Christian Möller und Rolf Clemens Wagner sowie der Einzelkämpfer Jean-Pierre Vogel im Hungerstreik. Zusammen mit ihren deutschen Genossen kämpfen sie gegen die vernichtenden Haftbedingungen. Die Schweizer Strafvollzugsbehörden haben auf die Forderungen nach internationalem Vorbild reagiert: Mit massiven Einschüchterungsversuchen wurden Anwälte und «Sympathisanten» unter Druck gesetzt, während man die Gefangenen selbst individuell zum Abbruch des Hungerstreiks zu bewegen versuchte.

Die Gelassenheit, die die zuständigen Stellen als Antwort auf den Hungerstreik in der «NZZ» vom 13. Februar in Aussicht gestellt hatten, war von kurzer Dauer: Noch in der ersten Woche des Hungerstreiks wurde Christian Möller eilends von Regensdorf in die Waadtländer Strafanstalt Bochuz zwangsverlegt, wo er ganze zwei Wochen blieb, um danach wieder in den «Genuss» des bernischen Strafvollzugs in Thorberg zu kommen. Jean-Pierre Vogel, ein welscher Einzelkämpfer, der sich aus Solidarität dem Hungerstreik anschloss, wurde von Bochuz nach La Chau-de-Fonds verlegt, wo ihm wöchentlich noch zwei ganze Viertelstunden Besuchszeit gewährt werden – Dienstag und Freitag während der Arbeitszeit seiner Freundin.

Die Absicht solcher Verlegungen ist unschwer durchschaubar: Jeder Zellenwechsel erfordert neue Anpassung für den Gefangenen, eine Anstrengung, die gerade während eines Hungerstreiks nicht leicht zu verkraften ist. Thorberg-Strafanstaltsdirektor Werren hatte schon 1979 während seines ersten Hungerstreiks von Christian Möller die Zellenverlegung erstausdrücklich offenherzig begründet: «Damit wurde angestrebt, ihn aus seiner ideologischen Befangenheit und Bildern (!) herauszunehmen und zum Nachdenken zu zwingen.» Möller sollte in Thorberg zum Nachdenken gezwungen werden, er wurde von den Wärtern fortgesetzt schikaniert, verschiedentlich wurde ihm während des Hungerstreiks das Essen hingestellt und nicht wieder abgeräumt, eine Hundebulme, die er während des Spaziergangs vom Boden aufhob, wurde ihm von einem Wärter aus der Hand geschlagen. (Eine ähnliche Geschichte hat man doch auch schon irgendwo gelesen?)

Nette Gesellschaft

Die «ärztliche Beobachtung» der RAF-Leute durch die Gefängnisärzte vermag auch nicht eben Vertrauen einzuflossen: Möller wird von Dr. med. Max Reichenau, bekannter als «Schwäger von Hindelbank», beobachtet, der Männern gegenüber weniger zärtlich sein soll. Wagner in Winterthur vom Bezirksarzt Hans Doggweiler, der bei Un-

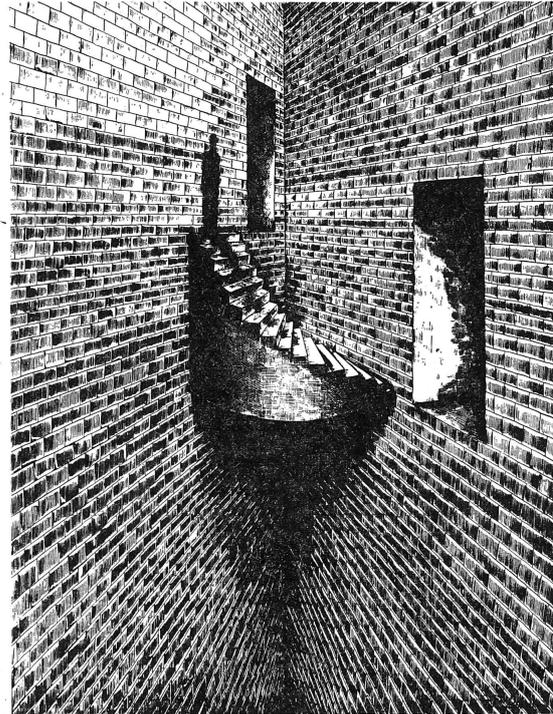
tersuchungen von Gaby Kröcher eine beachtliche Fähigkeit zur Blitzdiagnose bewiesen hatte; nach zwei Kurzbesuchen anlässlich von Magenbeschwerden sah sich Doggweiler in der Lage, ein umfassendes medizinisches Gutachten zu erstellen, schickte dieses Gutachten ohne Kenntnis der Betroffenen an die Polizeidirektion des Kantons Bern – ein Vorgehen, das ihm eine Strafanzeige bei der Zürcher Staatsanwaltschaft eingetragen hat.

Freundlicher ist man von seiten des bernischen Gefängnisinspektorats mit Gaby Kröcher umgegangen: Nach eher operettenhaften Vorschlägen zur Hafterleichterung – man bot ihr zur Belegung des isolierten Hafttraktes von Hindelbank eine Katze an (!) – schien Gefängnisinspektor Franz Moggi zu einzelnen Zugeständnissen bereit. Er hat vorgeschlagen, zwei Frauen im Trakt mit Gaby Kröcher unterzubringen, eine vierte sollte während der Arbeitszeit dazustossen, zwei weitere Frauen dürften drei Abende pro Woche im Trakt verbringen. Moggi wollte diesen Vorschlag allerdings erst nach Abschluss des Hungerstreiks schriftlich bestätigen. Mit dieser Strategie erhoffte man, die wenig robuste Gaby Kröcher zuerst zum Abbruch des Hungerstreiks bewegen zu können. Die Berner Behörden schienen eine Zeitlang auch bereit, einer Zusammenlegung von Möller und Wagner nach Erfüllung der formellen Voraussetzungen (vorzeitige Haftantrittserklärung Wagners, dessen Urteilrekurs noch hängig ist) zuzustimmen. Eine solche Zusammenlegung wurde – wen wundert's? – vom «Trio infernal» der Zürcher Justizdirektion, Bachmann/Ribi/Weilenmann, verweigert, die verlauten liessen, dass vor 1982 keine Änderung in Frage komme. Der Hungerstreik ist beendet, an den Haftbedingungen hat sich (bis jetzt) praktisch nichts geändert.

Eilige Imagepflege

Weilenmann und Ribi wetteifern um die Verleihung des Ritterkreuzes für behördliche Knastagitation. In einem Gespräch mit dem Journalisten Paul Bösch, das am 17. Februar in der «LNN» (nachgedruckt in anderen Zeitungen) er-

schien, erreichte die Diffamierung der Haftkritik in der Öffentlichkeit einen kläglichen Höhepunkt: Bösch fragte im Titel: «War die Stürm-Kampagne Terroristenpropaganda?», was Ribi – dankbar für den Tip – eifrig bejahte: ... dass mit der Knastagitation, wie sie sich auch hierzulande zunehmend bemerkbar mache, ein in den Terroristenzellen von Stuttgart-Stammheim ausgeheckter Werbefeldzug gegen Staat und Gesellschaft die Schweiz erreicht habe. Und Weilenmann eiferte nach: ... dass nun auch Stürm in diesem Zusammenhang als ein praktikables Demonstrationsojekt ausgewählt worden sei. Dessen Verteidiger, Bernard Rambert, sei schliesslich auch als Verteidiger von Petra Krause aufgetreten und sei «Mitglied des Zürcher Anwaltskollektivs gewesen, welches die in Bern inhaftierten Terroristen Gabriele Kröcher und Christian Möller verteidigt hatte». Aber kein Wort über die vernichtenden Wirkungen



der Isolationshaft, wie sie etwa im Amnesty-International-Bericht von anerkannten Medizinern und Psychologen aufgezeigt sind oder in der Enquête von Ralf Binswanger.

Rechtsanwalt Rambert, der glaubte, Journalist Bösch müsse sich bei seinem Besuch bei der Justizdirektion massiv verhöhrt haben, womöglich sei ihm aus lauter Respekt vor diesen Persönlichkeiten der Verstand abhanden gekommen, fragte Herrn Weilenmann schriftlich an, ob er denn alles, was in diesem Artikel stehe, gesagt haben könne. Er konnte: «Ich sehe keine Notwendigkeit, zu meinen von Herrn Paul Bösch korrekt wiedergegebenen Ausserungen irgendwelche zusätzlichen Erklärungen abzugeben. Mit vorzüglicher Hochachtung. Direktion der Justiz. Der Sekretär, Weilenmann.»

Die Clique, welche unter dem Namen «Who is Who» oder «Hades» widerliche Denunzierungen von einzelnen Leuten aus der Zürcher Bewegung herausgibt, hat es in einem Flugblatt noch deutlicher gesagt: «Sicher ist, dass die sog. Guerilla ausgelöscht werden muss, nicht jedoch die Leute, die innerhalb ihr tätig sind. Dies bedingt allerdings, dass diese Tero-

risten gewillt sind, sich ans Recht zu halten. Andernfalls könnte halt schon einmal... pumm... Totalisolation ist schon richtig.» Und die Forderung ist auch unmissverständlich: «Selbstkasteiung aller Terroristen und deren Anwälte.»

Anwälte kriminalisiert

Ganz per Zufall wurde letzthin auch der «Fall Rambert» wieder reaktiviert. In Sachen Stürm ist Rambert neuerdings noch der Fluchhilfe und der Anstiftung

Die (unerfüllten) Forderungen

- Beendigung der Isolationshaft und der Kleingruppensituation
- Keine Zwangsgruppen, das heisst wirklichere oder gezielte Selektion bei der Zusammenstellung von Gefangengruppen
- Zusammenlegung der RAF-Leute (Wagner/Möller/Kröcher in der Schweiz)
- Ihre Integration in grössere Gruppen von Gefangenen. Eine Interaktion und Kommunikation soll gewährleistet sein
- Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Haftbedingungen

zu falscher Zeugenaussage angeklagt. Doris Farnet, Verteidigerin von Rolf Wagner, sah sich beim Besuch ihres Klienten ganz plötzlich in guter Gesellschaft von zwei Polizisten. Die Staatsanwaltschaft hatte verfügt, dass die Trennscheibe nicht mehr entfernt, eine Bewachung notwendig sei. Begründung: Sie habe ihre Verteidigerbesuche zu «Koordinationsaufgaben» missbraucht. Wagners Hungerstreikerklärungen, zuhanden der Öffentlichkeit bestimmt, landeten in des Staatsanwalts Schublade.

Angst vor Information

Weil in den Augen der Zürcher Justizdirektion Gefangenschaft und Isolationshaft gar kein Problem sind, bekommt man zurzeit auch keine authentische Information aus dem Gefängnis Regensdorf. Seit die Inhaftierten dort aufgepackt haben, besteht Informationsperre, werden die Kontakte unter den Gefangenen abgeblockt, finden keine gemeinschaftlichen Veranstaltungen in grösserem Rahmen mehr statt. Die Zustände in Regensdorf sind demnach prekär, dass sich der gefängnispsychiatrische Dienst der Poliklinik Zürich in Zukunft weigert, die Gefangenen im Isolationsstrakt von Regensdorf zu betreuen. Der Berater des gefängnisärztlichen Dienstes, Ralf Binswanger, hatte bereits im Januar 81 auf eine Weiterarbeit verzichtet: «Kritische Einwände (gegen die Sicherheitsvorrichtungen in den Gefängnissen) der Ärzte an die Behörden werden nicht beantwortet oder als welfremd entwertet. Wenden die Ärzte sich an die Öffentlichkeit, werden sie diffamiert oder mit Kündigungsdrohungen beschickt.»

RÜCKT GIORGIO RAUS!

Fortsetzung von Seite 1

warten. Giorgio: «Der Staat hat es nicht geschafft, die BR zu eliminieren, aber er hat es geschafft, eine ganze Generation von militanten Autonomen zu neutralisieren, indem er sie in den Knast warf.» Um gegen die Autonomen möglichst hart vorgehen zu können, werden sie als Helfershelfer der BR hingestellt, und die Massenmedien haben dieses Spiel bisher voll mitgemacht.

Die Autonomie kennt keine Grenzen

Die Verhaftungswelle gegen die Autonomen hatte von Anfang an eine europäische Dimension: Der Entscheid für die Grossrazzia am «Schwarzen Freitag» wurde offenbar an einer Ministeritzung in Bonn beschlossen, wie damals die «Herald Tribune» zu berichten wusste; Minister aus Italien, Frankreich, Österreich, der Schweiz und der BRD nahmen an der Sitzung teil. Und der italienische Untersuchungsrichter Calogero erklärte wenig später: «Die Autonomie ist offensichtlich nicht nur ein italienisches Phänomen...» – Offensichtlich nicht, denn auch die Staatsapparate in den anderen Ländern sind zunehmend mit autonomen Bewegungen konfrontiert. Das Jahr 1980 hat es deutlich gezeigt: Zürich, Bremen, Amsterdam, Berlin... – Gegen soviet unberechenbare Autonomie hilft nur eine international koordinierte Repression – nach deutschem Vorbild. Jüngstes Beispiel dieser westeuropäischen Terroristenjagd ist die Verhaftung von Giorgio Bellini.

Giorgio, heute 35jährig, ist im Tessin aufgewachsen, hat Mechaniker gelernt und arbeitete in den letzten Jahren als Journalist und Buchhändler. Seit 1970

lebt er in Zürich. Als Tessiner interessiert ihn schon von jeher stark, was in Italien läuft. Seine Haltung zur Autonomie erklärt er so: «Ich, von meiner Geschichte her, bin Marxist, aber ich finde das nicht mehr so wichtig. Marx sagte: Der Kommunismus ist die reale Bewegung, die den gegenwärtigen Zustand ändert. Für mich wäre das Autonomie. Was mich interessiert, ist die reale Bewegung der Dinge – nicht einfach die Bewegung auf der Strasse, sondern das Netz der Wohngemeinschaften im Kreis 4 in Zürich, ein Ensemble von Dingen. Die Autonomie ist ungefähr das: die Kapazität zu leben.»

Für Giorgio ist die Bewegung in Zürich eine neue Bestätigung seiner Vorstellungen, seiner Hoffnungen. Er hat deshalb auch aktiv bei der bewegten Wochenzeitung «Eisbrecher» mitgemacht und seinen Namen als verantwortlicher Redaktor zur Verfügung gestellt. Den Zürcher Behörden war er ein Dorn im Auge – aber was wollten sie gegen ihn machen?! Die italienische Schützenhilfe kam ihnen sehr gelegen: Am 23. Dezember – ausgerechnet einen Tag vor dem Weihnachtskravall in Zürich – traf in Bern das italienische Fahndungsbegehren ein. Aber so gern auch die Schweizer Behörden den politisch unbehaglichen Bellini verhaftet hätten – das italienische Gesuch enthielt «keine genügenden Anhaltspunkte für ein Strafverfahren», wie ein EJPD-Sprecher später zugeben musste. Die «Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung» ist in der Schweiz kein Straftatbestand – wohl aber in der BRD. Als Giorgio im Februar nach Deutschland reiste, wurde er bei der Ausreise geschnappt. Seither sitzt er in der Justizverwahranstalt München-Stadelheim – in Isolationshaft.

Ein Tessiner in deutscher Isolation

«Als ich ihn besuchen wollte, wurde ich total durchsucht und musste meine Tasche zurücklassen», erzählte mir eine Bekannte von Giorgio. «Nach einer Stunde Warten wurde ich von einem Beamten in die Besucherkabine geführt. Das Zimmer war nicht viel grösser als ein WC. In der Mitte die gläserne Trennscheibe, wie ich erwartet hatte. Auf der anderen Seite führten sie Giorgio herein. Der Beamte, der sich neben ihn setzte, war bewaffnet. Auch neben mir sass so ein Uniformierter. Ich sah die Karteikarte von Giorgio: «Grosse Vorsicht stand mit rotem Filzstift darauf geschrieben... Wir konnten uns nur über Lautsprecher verständigen, und ich sagte etwas auf italienisch zu Giorgio. Sofort wurde ich unterbrochen: Auf deutsch, bitte! – Auch Giorgio wurde unterbrochen, da stand er auf und sagte, ich kann nicht Deutsch sprechen, ich ertrage das nicht. Wir stritten uns mit den Beamten, bis sie uns hinausführten. Giorgio rief mir nach: Ich bin total isoliert... Ich habe ihn noch nie so wütend gesehen...»

Giorgio weigert sich, die deutsche Gefängnistage zu essen. Zeitungen und Bücher in seiner Muttersprache bekommt er nicht. Von zehn Briefen wurde ihm bisher nur einer ausgehändigt. Eigentlich wäre es Sache des Schweizer Konsuls in München, sich für die Erleichterung der Haftbedingungen einzusetzen. Aber Konsul Senn war nicht mal bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Eltern Giorgio mit ihrem Sohn italienisch sprechen durften... Gegenüber dem «konzept» berief sich der Konsul darauf, dass er dem Politischen Departement in Bern unterstellt sei. Und was unternimmt Bern für Giorgio?

«Wir können nichts machen»

«Bellini hat drei Anwälte, seine Interessen sind sehr gut vertreten», erklärte mir

Pressesprecher Weinmann vom EPD. Aber die drohende Auslieferung nach Italien kann doch nicht durch die Anwälte verhindert werden, sondern höchstens durch politischen Druck von seiten der Schweiz?! «Die Schweiz hat im Prinzip überhaupt nichts zu sagen», meinte der zuständige Sachbearbeiter im Departement, Wytenbach. Das zuständige Gericht in der BRD entscheide völlig neutral über die Auslieferung Bellinis. Er, Wytenbach, habe Vertrauen in die deutsche Rechtsstaatlichkeit: «Die BRD ist schliesslich nicht dasselbe wie, sagen wir mal, irgendein Land in Afrika...»

Wie ich dann allerdings erfuhr, hat die seriöse deutsche Justiz einen Dreh versucht, um Giorgio in der BRD ein Strafverfahren anzuhängen und ihn so länger in U-Haft behalten zu können. Aber offenbar klappte es nicht. Das Auslieferungsbegehren aus Italien steht juristisch auf derart schwachen Füßen, dass die deutschen Behörden Bellini wohl bald freilassen müssen – falls es der italienischen Justiz nicht gelingt, ihre Anklage gegen Giorgio zu «konkretisieren». Oder vielleicht kommt den Schweizer Behörden noch etwas in den Sinn... Jedenfalls scheint die konzertierte Aktion Italien-Schweiz-BRD gegen Giorgio Bellini nicht so erfolgreich zu funktionieren.

Aber noch ist Giorgio im Knast. Eine Unterstützungskampagne für ihn ist angelaufen: In Zürich durch ein «Komitee zur sofortigen Freilassung von Giorgio Bellini» (KGB). PC-Konto Zürich 80-24663 – Spenden erwünscht, vor allem für die Anwaltskosten. Wichtig ist auch, den deutschen Behörden zu demonstrieren, dass Giorgio in der Schweiz Unterstützung hat: Unser Tessiner in München freit sich über jeden Brief, über jedes Päckli. Am liebsten hat er Brissagozgeren...



Am 2. März bricht ein 24jähriger aus der Strafanstalt Ringwil aus. Er ist zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wegen Dealen mit Heroin, Schussabgabe an einem Fest. Er flieht, wird in Zürich wieder aufgegriffen und in die Nothfallstation des Universitätsspitals eingeliefert. Er leidet unter starken Entzugserscheinungen. Die folgende Nacht verbringt er in der Polizeikaserne, am Dienstag wird er nach Regensdorf übergeführt. 6½ Stunden später erhängt sich der Drogenabhängige mit einem Ledergürtel. Genaueres weiss niemand zu sagen, weder der Sekretär der Justiz, Weilenmann, noch Anstaltsdirektor Conrad, bloss dass es eben immer Probleme gebe mit Leuten, die nicht hafterstehungsfähig seien. Aber eingelocht werden sie trotzdem. Und Conrad sagt über den jüngsten Selbstmord: «Darüber sind wir nicht erfreut. Das ist eine wahnsinnige Belastung für uns... Zynischer kann man es nicht mehr sagen.»

das konzept Tip

Kein Kinderknast!

Am 5. April wird im Kanton Bern über das geplante Kinder- und Jugendgefängnis Bolligen abgestimmt. Der Superknast – die Befürworter nennen ihn «Durchgangshaus» – soll in Sachen Sicherheitsvorrichtungen den modernen Erwachsenengefängnissen in nichts nachstehen. Das Referendumskomitee gegen das Jugendgefängnis Bolligen ruft alle Empörten auf, sich in den nächsten Wochen an der Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen: Info-Stände am Bärenplatz in Bern. Verteilen von Flugblättern, Zeitungen und Plakaten etc.

Sich subito melden bei: Referendumskomitee gegen das Kindergefängnis Bolligen, Postfach 44, 3000 Bern 21 (Info-Stände am Bärenplatz: samstags 8-17 Uhr, donnerstags 8-21 Uhr).

StGB-Revision: Abtreibung des Rechtsstaates

ORDNUNG IM HIRN

Von Ernst Zweifel

Das Strafgesetzbuch soll revidiert werden, die Rechtsbürger wollen schon zapfen können, bevor eine strafbare Handlung überhaupt begangen worden ist. Hätte die geplante StGB-Revision bereits im Jahr 1291 stattgefunden, die Eidgenossenschaft wäre staatspolitisch nie zu der freiheitlichen Demokratie aufgeblüht, die zu sein sie heute für sich in Anspruch nimmt*.

Wilhelm Tell hockt zu Hause. Schaut in die Glotze. Es klingelt an der Wohnungstür. Der Tell denkt: «Das hat Zeit, den Müller will ich noch abfahren sehen.» Es klingelt schon wieder. Es poltert gegen die Türe. «Gits es no?» fragt sich Tell und schlurpt zur Türe. Er öffnet. Vier uniformierte Freunde und Helfer drängen schwebbewaffnet in seine

setzen, um für höhere Eierpreise zu demonstrieren;
– Mieter, die ihrer Wut über den Zinswucher spontan mit Farbeiern gegen Betonwände der Liegenschaftsverwaltungsgebäude Luft machen;
– Mitglieder eines Quartiervereins, die zur Besetzung von Baumaschinen aufrufen, um den Bau einer Schnellstrasse durch ihr Quartier zu verhindern;
– Aufrufe von Arbeitern zur Besetzung einer Fabrik, von Mietern zur Besetzung leerstehender, vom Abbruch bedrohter Häuser, von AKW-Gegnern zur Besetzung eines Baugeländes oder von Zufahrtswegen;

– Aufrufe einer Bürgerinitiative zu einem Sit-in auf Tramsebahnen als Protest gegen Tramreiserhöhungen;
– Gefangen, die fordern: «Nieder mit den Gefängnismauern!»
– Rechtsanwälte, die die illegalen Tatmotive ihrer Mandanten der Öffentlichkeit zugänglich machen;
– Buchläden mit Drittwortschriften oder historischer Revolutionsliteratur.

Vorbei wäre es mit der gutschweizerischen Tradition, bei Jass und Feierabendbier im Wirtshaus seinen Ärger über Arbeit, Militär und Behörden Luft zu machen. Wer in Zukunft über Bundesräte, Offiziere, Schiedsrichter, Fernsehglobis usw. lautstark schimpft, läuft Gefahr, das Wirtshaus direkt mit der Zelle zu vertauschen.

Mit Voldampf in den Polizeistaat

Im liberalen Staat dürfte bis anhin die Polizei grundsätzlich erst eingreifen, wenn ein Bürger gegen ein Gesetz verstossen hatte. «Strafbaren Vorbereitungs-handlungen» – wie sie die Revision vor-

Gegen welche Gewalt?

Diese Gesetzesrevision soll – so die offizielle Verlautbarung – der ständig ansteigenden Gewaltkriminalität in der Schweiz Einhalt gebieten. Bis heute ist der Kriminalitätsstatistik hierzulande aber keine Zunahme der Gewalttaten zu entnehmen. Ausländer bezeichnen unser Land gar als friedliche Idylle (Clichard) und überhaupt: Gegen politischen Fanatismus helfen weder schärfere Gesetze noch vermehrte Polizeibewachung. Die StGB-Revision greift da ins Leere. Und die sozial enorm schädliche Gewalt, wie sie an den Schreibtischen der Wirtschaftskriminellen ausgebrütet wird, von Waffenproduzenten und systematischen Umweltschändern und Verkehrschaoten, bleibt davon unbeberührt.

Die verängstigten Rechtskreise glauben, Ruhe und Ordnung damit aufrecht erhalten zu können, indem sie die demokratischen Kanäle verstopfen und damit die Opposition mundtot machen. Diese Terrorgesetzgebung hat Tradition.

Lex-Zürcher-Krawall

1977 brach die deutsche Terrorhysterie aus. Und Furgler schuf eilends «Antiterrorgesetz» für die Schweiz. Das Gesetz ging gutschweizerisch in die Vernehmlassung. Mittlerweile war die deutsche

«Terrorzene» todsicher in den Knästen verwahrt. Das Gesetz schien nun plötzlich überflüssig. Von linken Kreisen erwuchs ihm Widerstand. Der Entwurf musste Federn lassen. Der Bundesrat krebste zurück.

1980: In Schweizer Städten brechen Krawalle aus. Der Nationalrat holte die Entwurfsleiche wieder aus dem Gesetzesschrank hervor. Der Ständerat gedankt noch einen Zacken an Schärfe zu zulegen.

Die StGB-Revision zielt eindeutig gegen die Wurzel der Demokratie: gegen Versammlungsfreiheit, Demonstrations-, Meinungsäusserungs- und Redefreiheit. Dem Volk soll definitiv ein Maulkorb verpasst werden. Furgler möchte nach deutschem Vorbild einen Spitzel- und Denunziantenstaat in die Schweiz importieren. Dieser Gesetzesterror wäre der schweizerische Beitrag an die internationale Reaktion, die über die internationale Rechtshilfe und Auslieferung politisch Verfolgten nirgends mehr in Europa Asyl gewähren will.

Opposition

Die geplante StGB-Revision ist nicht das einzige Mittel, mit dem die Vertreter der Rechtsstaates die demokratischen Rechte abbauen wollen. Die Bemühungen zur Einführung des Polizeicomputers (KIS), die Knastneubauten mit Hochsicherheitstrakten in der ganzen Schweiz, die neue zürcherische Strafprozessordnung dienen demselben Zweck. Es ist ein Elend: Statt die Kräfte schöpferisch für die Zukunft einsetzen zu können,

TIP · TIP · TIP ·

Züri brännt
Zum Film «Züri brännt» hat der Videoladen Zürich eine Broschüre zusammengestellt, die den gesamten Text des Filmes, rund 220 Fotos aus dem Film und Texte der Machergruppe über ihre Arbeit an «Züri brännt» beinhaltet. Der Film reist zurzeit durch die Schweiz und ist zu sehen: in Bern (Kellerkino), ab 3. April in Basel (Camera), ab Ende April in Genf (ABC), vom 18.-24. März in Rütli ZH, ab 17. März in St. Gallen (Storchen), ab Ende März in Luzern (Cinè-Studio) und Zug (Gothard). Die Broschüre zum Film ist für 6 Franken zu beziehen bei: Videoladen, Tellstr. 21, 8004 Zürich (Tel. 01/241 77 90).

Hallo Velo

«Zuger Velo & Umwält Zyting» heisst ein neues Blatt, welches erstmals im März von der Velo-Bürgerinitiative Zug herausgegeben wurde. Die Zeitung soll viermal jährlich erscheinen und wird sich ausser mit dem «Trampeln» mit Umweltproblemen im Kanton Zug befassen. Und deshalb wird sie auch grüne Tipps für jene geben, die wieder vermehrt im Einklang mit Natur und Umwelt leben möchten – heisst es im Editorial. Wie wär's mit einem grünen Velo?
Velo-Bürgerinitiative Zug, Postfach 2041, 6300 Zug 2.

müssen die Oppositionellen liberale Vergan-genheit verteidigen. Ein Komitee gegen die geplante StGB-Revision hat bereits das Referendum angekündigt. Furglers Busipo wurde ein Morgarten beschert, seiner StGB-Revision passiert das hoffentlich auch.



Bude. Sie kämen im Namen des Rechtsstaates und fummeln mit einem Hausdurchsuchungsbefehl vor Tells Brille herum. Dem Wilhelm wird in Magen und Beinen flau. Für sich denkt er: «Seit wann kann einem in der Schweiz der Rechtsstaat so einfach in die Wohnung hinein trampeln?» Er will noch die Faust im Hosensack machen, da schreit ein Uniformierter aus der Stube: «Chef, wir haben sie, die Armbrust, hier, in der Vitrine!» Der Polizeichef zu Tell: «Gib zu, den zweiten Pfeil stecktest du ins Wams für Gilgen!»

Art. 260bis	*Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis wird bestraft, wer durch planmässige technische, organisatorische oder andere Vorkehrungen eine der folgenden strafbaren Handlungen vorbereitet:		
Art. 111	Vorsätzliche Tötung	Art. 182	Freiheitsberaubung
Art. 112	Mord	Art. 183	Entführung
Art. 122	Schwere Körperverletzung	Art. 185	Geiselnahme
Art. 139	Raub	Art. 221	Brandstiftung
* Tritt der Täter aus eigenem Antrieb von der Vorbereitungshandlung zurück, so bleibt er strafflos.			
* Straftat ist auch, wer die Vorbereitungshandlung im Ausland begeht, wenn die beabsichtigten strafbaren Handlungen in der Schweiz verübt werden sollen. Artikel 3 Ziffer 1 Absatz 2 ist anwendbar.			

Am Mittwoch vor dem Martini 1307 treffen sich zahlreiche Chaoten, Randalierer und Krawallanten aus Uri, Schwyz und Unterwalden auf dem Rütli. In einer Riesen-VV wird beschlossen, am Neujahrstag zu «müllern» vor den habsburgischen Zwingburgen und Verwaltungsbäuden der Boden- und Häuserspekulanten. Als die wackeren Eidgenossen sich auf den Heimweg machen wollen, sehen sie das Rütli von 200 Mann der Zentralschweizerischen Sicherheitspolizei umstellt. Mit einer mehrstündigen Freiheitsberaubung werden sie der Personalkontrolle unterzogen. Danach einzeln per Nachen ins Gefängnis nach Uri verschifft. «Der Rechtsstaat will es so», verkündet Einsatzleiter und Landmann Furgler den versammelten Journalisten der Talschaft und schliesst die improvisierte Pressekonzferenz mit einem kräftigen «Amen».

sieht – ist von aussen her nichts Kriminelles anzusehen. Ob ein Bürger «planmässige technische, organisatorische oder andere Gedanken» zu Mord, Entführungen oder Geiselnahmep lägen, steht ihm nicht ins Gesicht geschrieben. Mit der Schaffung der erwähnten Gesetz würde an die Polizei nun ganz offiziell der Auftrag gehen, von Amtes wegen den Leuten im Zeug rumzuschneffeln. Sie müsste herausfinden, ob sich in den Köpfen der Staatsuntertanen Strafbares zusammenbraut. Da die Polizei bis heute noch nicht über die technischen Mittel verfügt, die Innenräume der Gehirnschalen der Bürger auf gesetzwidrige und subversive Gesinnung hin ausleuchten, wird sie dazu übergehen, verdächtige Personen serienweise, gewissermassen auf Vorrat, zu kontrollieren. Die Überwachung wird von Amtes wegen auf Hausbibliotheken (Bakunin

Art. 259	Wer öffentlich, in einer Versammlung oder sonst in einer vielen Personen zugänglichen Weise zu einem Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis bestraft.
Öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder zu Gewalttätigkeit	

Die neuen Strafgesetze werden den Politverwaltern künftig erlauben, folgende politische Tätigkeiten und Organisationen zu kriminalisieren:
– Gewerkschafter, die beschliessen, gegen Streikbrecher vorzugehen;
– Gewerkschafter, an deren 1.-Mai-Umzug ohne ihr Wissen Sachbeschädigungen begangen werden;
– Arbeiter, die für kurze Zeit ihren Patron am Verlassen seines Büros hindern wollen, um bessere sanitäre Einrichtungen im Betrieb durchzusetzen;
– Bauern, die den Bau eines Waffenplatzes mit Mistgabeln zu verhindern suchen oder Hühner auf dem Bundesplatz aus-

statt Bibel), Zeitschriftenabos («Brecht-eisen» statt «Vaterland»), Autokleber, Brief- und Telefonverkehr von Bürgern auszudehnen sein. Polizeitechnisch wäre der neue «gesetzliche Auftrag» mit Polizeicomputer, Infrarot, Wanzen, Telefonüberwachung, Razzien usw. zu realisieren. Während die geplanten neuen Gesetze aufgrund ihrer schludrigen und schwammigen Redaktion dem Richter einen Haufen Auslegung- und Beweisprobleme bescherten werden, ist ihr eigentliches Ziel eine Erweiterung und Vorverlegung der polizeilichen Eingriffsbefugnisse. Der «Rechtsstaat» oder besser das, was von ihm übriggeblieben ist, wird an die Polizei übergeben. In den Polizeikassernen wird künftig entschieden, was verbotene politische Opposition ist.

Soll das SRG-Monopol auch für nichtkommerzielle Lokalsender gelten?

Die Ängste der Sozialdemokraten vor einem autonomen Bürgerradio

Von Jürg Frischknecht

Small is beautiful, dem Lokalradio eine Chance! Darin sind sich alle einig. Aber wie? Ausschliesslich im öffentlichrechtlichen SRG-Rahmen? Oder auch im Sinne eines Alternativen Lokalradios Zürich (ALR): ausserhalb der SRG, aber werbefrei? Die Debatte zu dieser Frage ist in der Linken (wieder einmal) in vollem Gang.

Die offiziellen Mediengremien haben seit längerer Zeit Position bezogen: SPS und Arbus (Arbeitnehmer-Radio- und Fernsehband) hundertprozentig für SRG und gegen ALR. Differenzierter stellt es der SGB in einem Arbeitsprogramm dar: «Auf lokaler Ebene können auch weitere, genossenschaftlich organisierte Veranstalter zugelassen werden, sofern sie von Werbung und Wirtschaft unabhängig sind.» Ähnlich die PdA in einem medienpolitischen Thesenpapier: grundsätzlich für das SRG-Modell des «öffentlichen Dienstes», aber auch für autonome Lokalsender.

Erneut in Gang gekommen ist die angepöppelte Debatte mit einer (inzwischen beerdigten) Arbus-Petition, die einer Blockadepolitik im Lokalbereich das Wort redete: so lange wie möglich alles ausserhalb der SRG verhindern. Diese Streitfrage wird auch an der SPS-Medientagung vom 21. März diskutiert werden. Vor einem Frühling beim Lokalradio, das mit der Öffnung des UKW-Bandes bis 108 Megahertz möglich wird, haben manche Sozialdemokraten Angst.

Die Türöffner-Angst

Wer jetzt die Radiotür öffnen helfe, leiste bloss Steigbügeldienste für Kommerzstationen wie Radio 24, Radio Uetli usw. Wer die Privat-Kommerziellen tatsächlich verhindern wolle, müsse auch die Privat-Werbefreien blockieren, gegen die man an sich nichts einzuwenden habe.

Die Gefahr, dass die Tür so weit geöffnet wird, dass auch Kommerzradios einschleichen können, besteht zweifellos. Ich meine, dass es in dieser Situation eine bessere Stossrichtung gäbe als eine bloss SRG-Protektionspolitik: eine kraftvolle Kampagne für die Beibehaltung eines werbefreien Radios. Koalitionen unter gibt es genug, nicht zuletzt jene Zeitungverleger, die selbst sorgfältig ein Konzessionsgesetz plaziert haben. Ringier-Chef Heinrich Oswald hat es vor kurzem wiederholt: «Auf dem Gebiet des Radios und Fernsehens vertreten wir nach wie vor die Meinung, dass die jetzige Arbeitsteilung zwischen privaten Verlegern und dem Staat beibehalten werden sollte.» Solange das Radio werbefrei bleibt, wird der Werbekuchen der Verleger und damit ihr vorrangiges Interesse nicht angeknabbert.

Je grösser die Front jener, die ein werbefreies Radio unterstützen, desto reaktiver wird im Falle einer Lockerung des Verbots die Werbung zugelassen. Die CVP beispielsweise schlägt 1 Pro-



Zeichnung: Marital Leiser

zent der Sendezeit und höchstens kostendeckend vor – zuwenig für Roger 24.

Die Bastellradio-Angst

Gerade bürgernahe Sendungen, das sehe man bei Radio DRS, erforderten besonders aufwendige Vorbereitung, also Personal und Geld. Das aber fehlte den werbefreien Stationen, ein ALR werde von Kommerzstationen hoffnungslos überfahren, über kurz oder lang dominiere dann wider Willen billige Plattenleger und Polit-Kuchen-Geschnurr – also Ghetto.

Ich meine, dass diese Kritiker nicht kapiert haben, dass es bei den Projekten für autonome Lokalradios um etwas qualitativ Neues geht, zumindest vom Anspruch her: um eine weckselseitige Kommunikation aller Hörer im Sinne von Brechts Distributionsradio, also um

einen wirklichen Einbezug von Hörern und nicht bloss um eine menschenverachtende Hörervermarktung wie in einem Radio 24. Ein ALR will subjektiv, parteiell, authentisch, unausgewogen sein (was selbstverständlich nicht heisst, die andere Meinung komme nicht mehr vor). In einer solchen Unmittelbarkeit könnte, so die Hoffnung, eine Attraktivität liegen, die von Kommerzsendern nicht kopiert werden kann, weil es keine Geldfrage ist. Für eine solche «herrschaftsfreie» Zweiwegkommunikation eignet sich das Lokalradio besser als jedes andere Medium – nicht zuletzt, weil jedes Telefon als Mikrofon eingesetzt werden kann.

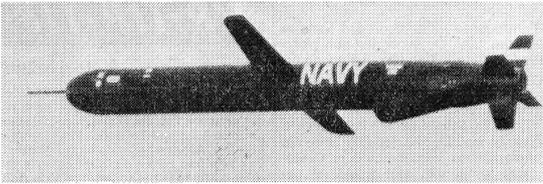
Einschränkung: Auch ein alternatives Lokalradio kommt nicht an eingeschleppten Hörergewohnheiten vorbei, insbesondere in Sachen Musikmix. Das angestrebte Ideal kann mit solchen Rezeptionsgewohnheiten in Konflikt kommen. Darüber wäre eine eingehende Diskussion zu führen: über Inhalte, neue Formen. Die Strickart eines autonomen Bürgerradios ist allerdings nicht im vornherein auf dem Reißbrett festzumachen, sondern wird sich in der Praxis entwickeln.

Die Zersplitterungs-Angst

Gerade heute und mehr denn je brauche unsere Gesellschaft einen Ort, wo jeder den andern hören könne, nicht Zersplitterung in Zielgruppen-Radios, wo nur noch die eigene Meinung bestätigt werde: Jahr vor Jahr im Sozialdemokraten hat der ausserordentliche Zürcher Publizistikprofessor Ulrich Saxer das Hoheziel der Integrationsfunktion gesungen, nämlich «die unablässige Zusammenführung des Gesamtpublikums durch identische Medienbotschaften, damit die so verschiedenen individuellen und kollektiven Bewusstseinswelten einander wieder angenähert werden, die allen gemeinsamen Belange überhaupt noch bekannt werden und bleiben».

Nun, so gespenstisch totalitär tönt es natürlich in sozialdemokratischen Reih und Bund. Aber überdeutlich ist, dass viele Sozialdemokraten das Heil immer ausschliesslicher in der Konkordanz sehen, im Verteidigen des Proporz-Kuchenstückes – nicht nur medienpolitisch. Das mag für eine Partei angehen, die die bestehende Gesellschaft verwalten und erhalten will. Aber für eine Partei, die eine andere, bessere Gesellschaft noch immer im programmatischen Visier hat, ist diese Fixierung auf die Konkordanz lähmend bis tödlich. Wer eine Gesellschaft ändern will, kann nicht auf eigenständige Sprachrohre ausserhalb von Konkordanzrückrichten verzichten. Erst recht nicht, wenn sie wie im Fall des Lokalradios billig und demokratisch-zugänglich sind.

* Vgl. dazu: «Der alltägliche Ausnahmezustand», Terroristengesetze in der Schweiz in «dk» Nr. 9/78.



Steigende Kriegsgefahr durch neuen Rüstungsboom

Dreh'n die Amis durch?

Von Georg Hodel

Brandreden gegen die Sowjets, Rüstungsprogramme in Milliardenhöhe, Neutronenbombe für Europa. Die Falken – so scheint es – haben wieder das Wort. Nervöse Militärs, hüben wie drüben, ratlose Staatsmänner und politische Eiferer sitzen an den Schaltbänken des Schreckens. – Die Kriegswirtschaft wächst. Eine nüchterne Bilanz angesichts der sich verändernden weltpolitischen Situation überschlagende Entwicklung im Rüstungssektor ist nötig.

10. November 1980 um 10.45 Uhr im Hauptquartier der US-Luftwaffen-Zentrale (NAADC) in Colorado Springs: Die diensttuenden Militärbeamten witzeln über die ein paar Tage zurückliegende Wahlschlappe Jimmy Carters, Amerikas Unterhaltungsthema Nr. 1, da passiert das Unfassliche: Die Alarmschleife geht los, mit einem Schlag beginnt eine ganze Reihe von Warmlampen aufzuleuchten, auf den Bildschirmen der Einsatzoffiziere werden die Worte «feindlicher Angriff» in Computerschrift eingeblendet. In der Kantine wird das Radioprogramm unterbrochen, aus den Lautsprechern dröhnt die dringende Durchsage: «Angriff auf die USA! Dies ist kein Probealarm. Die USA werden angegriffen.» Die Worte des Sprechers sind begleitet von Sirenengeheul. Vom Schrecken gepackt stürzen sich die Sicherheitsoffiziere und die Verbindungsleute an die Telefone. Einige Minuten später rollen bereits 10 B-52-Atom-bomber auf die Startbahn, in den Raketen-silos werden die 1000 Minuteman-Interkontinentalraketen startklar gemacht. Nach sechs Minuten ist der Spuk vorüber.

High noon

US-Kapital! Ein paar veraltete Waffen und ein paar jährlich erneuerte Herrschaftsgarantien für die gerade regierenden oder die kurzfristig installierten Führungseliten – und schon flossen die Rohstoffe zum Nulltarif. Wer als Konsument oder als Rohstoff-Förderer gerade nicht gebraucht wurde, durfte verhungern. Es herrschte der amerikanischen Friede.

Doch dann ging's abwärts. Die Westeuropäer erhoben sich, wuchsen allmählich zu Konkurrenten heran. Die Sowjetunion und China erstarken zur Atommacht, die den USA zuerst in Asien, dann auch in Afrika Paroli boten und die Interventionsmöglichkeiten der amerikanischen Eingreiftruppen auf Mittel- und Südamerika beschränkten.

Die Schwäche der USA ist auch sonst sichtbar geworden: Die Arbeitslosenquote liegt schon nahe an der 10%-Marke, bei den farbigen Jugendlichen sogar bei 50%. Amerikas Industriegiganten Chrysler und Lockheed können sich nur mit Milliardenkrediten der Regierung über Wasser halten und mussten über 300 000 Angestellte und Arbeiter entlassen. Die Inflation pendelt zwischen zehn und zwanzig Prozent. Das Bruttosozialprodukt entwickelt sich rückläufig. Die amerikanische Misere hat sich längst in der Unzulänglichkeit des Personals niedergeschlagen, das für diese Supermacht Politik betreibt: Ob Geisel-Carter oder Western-Regan.

«Die Position der USA ist heute noch prekärer als am Tag nach Pearl Harbor», mit diesen Worten stieg Ronald Reagan vor knapp einem Jahr in den Wahlkampf. Die Sowjets würden in einem Masse aufrüsten, «wie es die Welt noch nie gesehen hat». Folgerichtig müssten die Verteidigungsanstrengungen des Westens, insbesondere der USA, drastisch verstärkt werden.

Ungewohnt aggressive Worte, die in der Welt, in Europa und in der Sowjetunion vor allem, zunächst Verwunderung dann Irritation und schliesslich Angst weckten, aber dennoch ungläubig aufgenommen wurden. Wenn Ronald Reagan erst ins Weisse Haus einziehe, so hofften und glaubten viele Amerikaner, werde aus dem Film-Cowboy von gestern sehr schnell ein pragmatischer Staatsmann.

Doch kaum war die Reagan-Mannschaft am Ruder, schockte der frischgebackene Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der, nach Ansicht vieler seiner Parteigänger, von der Sicherheitspolitik soviel versteht wie ein Schrankenwärter von der Eisenbahn, mit der Verlautbarung, seine Regierung wolle «von der Neutronenbombe» wahrscheinlich Gebrauch machen», seine westlichen Bündnispartner. Die eilends erteilte Gegenorder aus dem State Department, man möchte die diesbezüglichen Aussagen des Kollegen Weinberger nicht beachten, vermochte den Eindruck, dass in Washington neuerdings die Rüstungslobby in der Politik mitzumischen gedanke, nicht zu beseitigen.

Trotz der von US-Aussenminister Alexander Haig signalisierten Mässigung und dem Versprechen, sich mit den Verbündeten fortan genau abzusprechen, liess sich Weinberger nicht zurückhalten: Carters Budget sei «in einer Zeit der Krise» ungenügend, das «Vertrauen der Verbündeten in die Verteidigungsbereitschaft der Vereinigten Staaten» sei gesunken. Kurzerhand erhöhte er den Rüstungsetat für das laufende Jahr um 6,8 Milliarden auf 178 Milliarden Dollar und kündete fürs Jahr 1982 eine Budgetsteigerung um 25,8 Milliarden auf schwindelerregende 222,2 Milliarden Dollar in zwei Jahren. Das ist nahezu ein Drittel mehr, als die USA bisher für die Rüstung aufgewendet haben, und übersteigt bei weitem die «7-Prozent-Lösung» (pro Jahr), für die sich bislang die Falken innerhalb der Republikanischen Partei stark gemacht hatten.

Die Sowjets sollen schmachten

15 Prozent reales Wehrwachstum im Jahr – nach vier Jahren Reagan-Regierung hätte das Militärbudget den Horrorsstand von 300 Milliarden Dollar er-

reicht. Das ist fast zweimal soviel wie die Carter-Administration vor Jahresfrist für Rüstungszwecke bereitzustellen bereit war, nachdem diese schon ihrerseits die Militärausgaben von 100 Milliarden auf 171 Milliarden Dollar gesteigert hatte.

Anders als die Europäer und sein Vorgänger Carter fürchtet Reagan einen neuen Rüstungswettlauf mit Moskau nicht. Er glaubt, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten viel mehr darunter leiden müssten als der reiche Westen – ökonomisch wahrscheinlich die richtige Rechnung.

Vergleicht man die Wirtschaftsleistung von West und Ost, ergibt sich folgendes Bild: 1979 betrug die Wirtschaftsleistung der Nato-Länder 5100 Milliarden und die der Warschauer-Pakt-Staaten 1425 Milliarden Dollar, also eine dreieinhalbfache ökonomische Überlegenheit für das westliche Bündnis. Dazu kommt die zunehmende ökonomische Abhängigkeit der Ostblockstaaten von den kapitalistischen Westländern. Ihre Verschuldung gegenüber dem Westen beläuft sich heute auf über 60 Milliarden Dollar, dazu kommt ein Aussenhandelsdefizit von noch einmal 10 Milliarden Dollar.

Hauptimportprodukte der Paktstaaten sind Produktionsgüter, da der Stand der östlichen industriellen Produktion weit hinter dem des Westens zurückliegt. Dies ist auch für die Rüstungsproduktion von entscheidender Bedeutung. Unabhängig davon, was man dem Osten für Absichten unterstellt, wird auf dieser Grundlage deutlich, dass die Ostblockländer kaum die wirtschaftliche Möglichkeit haben, den Westen militärisch zu übertreffen.

Vergleich der Rüstungsausgaben



Zu berücksichtigen bei allen Vergleichen zwischen den USA und der Sowjetunion ist vorweg das unterschiedliche finanzielle Engagement der beiden Supermächte. Die Sowjetunion trägt etwa 90 Prozent der Rüstungslasten des Warschauer Paktes, während die USA «nur» zu 55 Prozent zu den Ausgaben der Nato

1 Die Dollarangaben beziehen sich auf US-Dollars zu konstanten Preisen, das heisst, die Inflation ist rausgerechnet. Es wurde die Wechselkursbasis von 1978 verwendet.

beitragen (vgl. Tabelle). Ein simpler Vergleich der Rüstungsausgaben zwischen den USA und der Sowjetunion kann in die Irre führen, wenn man die Ausgaben der beiden Militärverbände miteinander vergleicht. Ein direkter Vergleich zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt ergibt, dass die Nato-Staaten in den letzten 30 Jahren insgesamt über 2300 Milliarden Dollar mehr als der Warschauer Pakt für die Rüstung aufgewendet haben. Diese Mehrausgaben entsprechen ungefähr 19 Jahresrüstungsausgaben des Warschauer Paktes!

Doeh für die Reagan-Administration ist dieser satte Rüstungsvorteil nicht genug. Die Streitkräfte der USA sollen 1981 um 10 000 Mann und 1982 um weitere 25 900 Mann verstärkt werden. Auch die Ausstattung der Rapid Deployment Force (Eingreiftruppe), deren Befehlstand nach Europa verlegt werden soll (als mögliche Eingreiftruppe sieht das Pentagon derzeit den Nahen Osten, den

«Victory is possible»

Unter diesem Titel veröffentlichten Colin Gray und Keith Payne, Experten aus dem Stab des vom Atomdenker Herman Kahn geleiteten Hudson Institute, einen Beitrag in der angesehenen amerikanischen Zeitschrift «Foreign Policy» (Nr. 39/80), in dem umfangen aufgefördert wird, die Angst vor einem offensiven Atomschlag aufzugeben:

«Ein Atomkrieg ist möglich. Aber im Gegensatz zu «Armageddon», dem apokalyptischen Krieg, der laut der Prophezie das Ende der Geschichte herbeiführen wird, kann ein Atomkrieg auf viele verschiedene Arten enden. Viele Kommentatoren und Regierungsvertreter glauben nicht, dass man ihn überleben kann, und die Popularität dieses Standpunktes hat in Washington derartig schwerwiegende und schädliche Auswirkungen auf die Verteidigungsplanung der USA, dass er schnell zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung für die Vereinigten Staaten werden kann. (...)

Wenn die atomare Macht der USA dazu dienen soll, den ausserpolitischen Zielen der USA zu dienen, dann müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, rationalen Atomkrieg zu führen. (...)

Die sowjetische Führung war weniger von der amerikanischen Bereitwilligkeit, einen begrenzten Atomschlag zu führen, beeindruckt als von einer glaubhaften amerikanischen Siegesstrategie. Eine solche Theorie hätte das Ende des Sowjetstaates ins Auge zu fassen. Die Vereinigten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. (...)

Wenn es gelänge, die Moskauer Bürokratie zu eliminieren, zu beschädigen oder zu isolieren, dann könnte die UdSSR sich in eine Anarchie auflösen. (...)

Es ist unwahrscheinlich, dass ein Atomkrieg ein in sich sinnloses und fatales Ereignis darstellt. Vielmehr wird er wahrscheinlich geführt werden, um die Sowjetunion zur Aufgabe eines gerade erzielten Vorteils zu zwingen. Ein Präsident muss die Möglichkeit haben, einen Krieg nicht nur zu beenden, sondern ihn zu seinem Vorteil zu beenden.»

Verschiedene US-Militärexperten, die sich Sorgen um ihre fehlerhaften Computer machen, haben sich jetzt eine neue Methode ausgedacht, die alle Probleme löst: «Launch-on-warning», Start bei Warnung, nennen sie ihre neue Methode und das bedeutet, dass die amerikanischen Raketen bereits gestartet werden sollen, ehe vermeintliche sowjetische Raketen die USA erreichen. Wenn man so oder so, nach dem Motto «Lieber tot als rot», kühn den ersten atomaren Erstschlag führt, ist es bedeutungslos, ob der Anlass zum Atomraketenstart echt oder ein Irrtum war. Hauptsache, man ist zuerst. – Da scheinen tatsächlich ein paar Militärschädel durchzudrehen. Man möchte es fast nicht glauben, aber das sind die Vereinigten Staaten zu Beginn der 80er Jahre: eine Nation, die zu allem fähig ist, eine Nation, die fühlt, dass sie ihre Zukunft hinter sich hat.

Apropos Carter: Hat nicht er die bereits eingemotteten Pläne einer jederzeit einsatzbereiten Eingreiftruppe, «welche die vitalen Interessen der USA» zu schützen hätten, zu neuem Leben erweckt?

War es nicht Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, der die jahrelangen SALT-II-Verhandlungen torpedierte, statt dessen bei der Nato ein atomares Aufrüstungsprogramm durchsetzte, das die Sowjets zu neuen Rüstungsausgaben zwingen und einen Atomkrieg zwischen der Sowjetunion und Westeuropa ohne amerikanische Beteiligung ermöglichen soll?

So gesehen führt die Reagan-Administration mit ihrem aufgewärmten Kriegsgeschrei auch nur eine altbekannte US-Tradition fort.

Gäbe es keine Atomwaffen, so könnte uns die Frage, ob die USA ihren historischen Abstieg bewältigen oder nicht, ziemlich kalt lassen. Doch Reagan und seine kalten Krieger sitzen an dem roten Knopf, mit dem sie die ganze Welt in die Luft jagen können. Wenn sie ausflippen, ist das nicht nur ihr Ende.

Kaum zu glauben: Xerox-Kopien zu 8 Rp. das Stück! Spiral-Bindungen in kürzester Frist! (Ab 70 Stück 7 Rp.)

Keinerlei Sortierkosten!

Kopien aus Büchern nur 15 Rp.!
Mit Legi 10% billiger!

KOPIERSINNE

Druck von Liz-Arbeiten und Dissertationen!

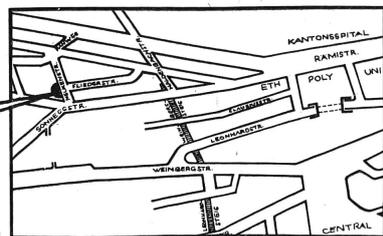
Wir drucken auch Verilith und Offset!

Wir lochen, heften und binden!

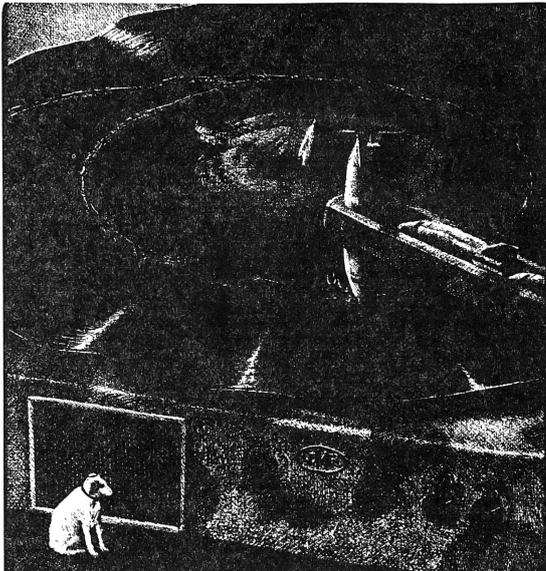
Individuelle Beratung!

LetraLetters

Beschriftungsfolien für Büro, Schule, Haushalt und Hobby!



STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ/Nelkenstr. 7/8006 Zürich / (01) 361 01 31



His Masters voice: für den Frieden rüsten.

Zeichnung: Martial Leitor

Mittelmeerraum und Afrika), soll verbessert werden. Die Präsenz der 17 Kriegsschiffe und der 1800 Marinesoldaten im Persischen Golf, der im Aufbau befindliche Stützpunkt Diego Garcia für 12 000 Soldaten im Indischen Ozean sowie weitere ebenfalls im Aufbau befindliche Stützpunkte in Kenya, Somalia, Oman und Ägypten kosten weitere Dollar Milliarden. Der neue Überschall-Atom Bomber B-1, den Carter noch aus den Rüstungsplänen gestrichen hatte, soll nun doch angeschafft werden. Zudem soll die US-Flotte 15 neue Schiffe und einen atombetriebenen Superflugzeugträger erhalten. Zusätzliche Kampflinien werden bestellt.

Die Nato erhält mehrere neue Panzerdivisionen und, wenn der Nato-Nachrüstungsbeschluss ausgeführt wird, die neuen Pershing-II-Raketen und mehrere hundert Marschflugkörper (Cruise-Missiles). Dies beschleunigt oder geplante Ausgabenerhöhungen bedeuten eine neue Stufe der Rüstungseskalation, die die Welt tatsächlich «noch nie gesehen hat».

«Wir dürfen nicht zögerlich sein», verhiess Reagan in seiner ersten Fernsehansprache nach dem Amtsantritt. Sein Finanzdirektor, der erst 34-jährige David Stockman, hat inzwischen zugeklagt: Die USA sollen sich finanziell aus der Unesco zurückziehen, bis der Uno-Friedenstruppen sollen 20 Prozent eingespart und die Entwicklungshilfe soll um 1,6 Milliarden Dollar gekürzt werden. Das Gros, rund 40 Milliarden Dollar, soll bei den Sozialausgaben gestri-

chen werden. Betroffen sind Zuschüsse für die Fürsorge und den Gesundheitsdienst, die Stützungen zur Sanierung der Slums, das Kindergeld, Stipendien für die Studenten sowie ein Teil der Subventionen an die Landwirtschaft. Schon haben Wirtschaftler vorausberechnet, dass die Kürzungen bei den Arbeitsbeschaffungsprogrammen mindestens 300 000 Arbeitsplätze ruinieren.

Was im Etat 1981/82 gestrichen wird, kommt zu zwei Dritteln der Rüstungsindustrie zugute. Umlenkung von Arbeitskräften auf die Waffenproduktion?

Europa zieht mit

Dennoch scheint das «fiskalische Abenteuer», so das konservative Londoner Wirtschaftsblatt «Economist», den USA weit weniger zu schaden als dem Westen; vermutlich könnten die USA auch heute noch – wie zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs oder Koreas – schlagartig auf Kriegsproduktion umschalten, wie einige Wirtschaftsexperten glauben.

Gegenüber der politischen und ökonomischen Offensive der USA suchen die Westeuropäer immer stärker die Einheit, gleichzeitig bauen sie ihren Staatsapparat aus, um den Risiken einer sozialen Explosion vorzubeugen. Die Erreichung neuer Absatzmärkte und neuer Produktionszweige, welche das wirtschaftliche Wachstum am Leben erhalten sollen, ist beschränkt. Die Abhängigkeit von den Rohstoffen und vom Erdöl wächst, gelingt es nicht, rechtzeitig auf regenerierbare Energiequellen und

wiederverwendbare Werkstoffe zurückzugreifen.

Kann sich der Dollar einigermaßen auf dem derzeit hohen Niveau halten, so besteht die Aussicht, dass sich die Kapitalien wieder auf den amerikanischen Markt stürzen. Westeuropa und Japan, die Rivalen, finden sich wieder in unterlegener Position, da sie mehr bezahlen müssen für das Erdöl, das immer noch in Dollars abgerechnet wird.

Auf internationaler Ebene deutet alles darauf hin, dass sich Europa vermehrt und notfalls mit Gewalt in der dritten Welt engagieren möchte: Kapital- und Waffenexport, direkte Intervention in Afrika, Entsendung von Truppenkontingenten in den Nahen Osten. Für einen solchen Feldzug hat die Sowjetunion mit ihrem Einmarsch in Afghanistan zumindest die politische und moralische «Legitimation» geliefert.

Der internationale Waffenhandel hat die meisten derjenigen Waffen bereitgestellt, die in den über 135 bewaffneten Auseinandersetzungen seit Kriegsende verwendet wurden. Diese Kriege haben überwiegend in der dritten Welt stattgefunden und etwa 25 Millionen Menschen getötet. Der Waffenhandel hat sich dramatisch erhöht (vgl. Tabelle). Die Militärausgaben in der dritten Welt haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Nach Schätzungen der OECD wird für den Westen bis 1985 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von maximal 1 Prozent erwartet. Das Waffengeschäft ist einer der am schnellsten wachsenden Sektoren der Weltwirtschaft. Als Folge dieser Entwicklung wird der Rüstungssektor einer der wenigen florierenden Sektoren der westlichen Wirtschaft sein. Firmen, die militärische Güter herstellen, werden auch dann noch voll ausgelastet sein, wenn in Werken, in denen für den zivilen Bedarf produziert wird, Kurzarbeit herrscht. Die Firmen werden in zunehmendem Masse anstreben, an der Zunahme der Ausgaben für militärische Beschaffung teilzuhaben, was generell die Stellung des Rüstungssektors gegenüber den Regierungen stärkt.

Die Veränderung der bestehenden Kräfteverhältnisse in der dritten Welt ist eine Entwicklung, die zwangsläufig auf ein Anwachsen bewaffneter Konfrontationen hinausläuft. Die aktuelle Lage erinnert sehr stark an jene Periode, die 1914 vorausging, die Herrschende und Völker in einen Krieg verwickelte, den sie nicht wollten, sondern in die sie aufgrund einer nicht mehr kontrollierbaren Konfrontationspolitik hineingezogen wurden.

Wetterführende Literatur:

- «Rüstungsjahrbuch 80/81», hrsg. vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). Deutsche Übersetzung ist in der Reihe «Rohrort-aktuell» (Bd. 4735) des Wollrab-Verlags erschienen.
«Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?», Autorenkollektiv. buntbuchverlag, Hamburg.
«Atomares Schlachtfeld Europa», Nigel Calder. Hoffmann und Campe.

US-Weissbuch zum Bürgerkrieg in El Salvador

Von Stefan Hartmann

Das Feindbild

Mit einem 200 Seiten starken Weissbuch zu El Salvador will die amerikanische Regierung beweisen, dass die Revolutionäre von kommunistischen Mächten gesteuert werden. Ihre These von der kommunistischen Unterwanderung untermauert sie mit «Dokumenten aus dem Untergrund». Ein ähnliches Weissbuch, Titel: «Die nordvietnamesische Aggression», kursierte schon im Vorfeld des Vietnamkrieges in der amerikanischen Öffentlichkeit.

Der El-Salvador-Bericht, den die US-Regierung vor kurzem herausgegeben hat, wird von der Einleitung des Ausserministeriums begleitet. Darin heisst es, mit dem Bericht lägen «entgeltliche Beweise über die heimliche militärische Unterstützung der marxistisch-leninistischen Guerilleros, die derzeit für den Sturz der salvadorianischen Regierung kämpfen, durch die Sowjetunion, Kuba und ihre kommunistischen Verbündeten» vor.

Ende 1979 und Anfang 1980 habe die kubanische Führung eine direkte «Vormundschaftsrolle» bei der Sammlung der verschiedenen Untergrundbewegungen in einer Einheitsfront gespielt. Es habe Kontakte zwischen salvadorianischen Kommunisten und hochstehenden offiziellen Vertretern kommunistischer Staaten gegeben, die zu Zusagen über die Lieferung von fast 800 Tonnen Rüstung und modernen Ausrüstungsgütern geführt hätten. Meist über Kuba und Nicaragua seien fast 200 Tonnen dieser Waffen für die gescheiterte «Generaloffensive» im Januar an die Untergrundbewegungen geliefert worden. Die Kommunisten hätten dabei ihre Beteiligung an den Waffengeschäften durch die Entsendung von Waffen aus westlichen Rüstungsfabriken «verschleiern» wollen.

Richard Bäuml, SP-Nationalrat und Vertreter am «Ständigen Tribunal der Völker», indes hält den US-Bericht eher für ein Machwerk der CIA, der von der Tatsache ablenke, «dass es gerade die Vereinigten Staaten selber sind, die das Terrorregime in El Salvador wirtschaftlich und militärisch unterstützen». Auch die «New York Times» spottete, dass die Behauptung, Moskau und Havanna seien am Krieg in El Salvador schuld, genauso absurd ist wie jene, dass «Radio Free Europe» die Ursache der Unruhen in Polen sei.

Shafiq Handal, FMLN-Kommandant und Generalsekretär der salvadorianischen KP, wies die im Weissbuch angeführten Briefe, die ihn als FDR-Geschäftsreisenden in Sachen Waffen beschuldigen, als vom CIA gefälscht zurück. Er wies darauf hin, dass sie ihre Waffen entweder selbst herstellten (Minen, Bomben) oder den Regierungssoldaten abnahmen. Ein Teil der Waffen werde mit Hilfe der weltweiten Solidarität auf dem internationalen Schwarzmarkt gekauft.

Nicaragua und Kuba als «Drehseiben» der internationalen Waffenhändlerungen an den FMLN hätten den Zorn des grossen Bruders auf sich gezogen. So

habe die internationale Entwicklungsagentur (AID) den Nicaraguern, die ihren Weizen zu 85 Prozent in den USA einkäufen, einen 9/2-Millionen-Kredit zur Finanzierung von Weizenkäufen gestrichen. Zudem habe Reagan den Stopp eines laufenden 75-Millionen-Kredits verfügt. Mit solchen Aushungerungsmaßnahmen sollen Destabilisierungstendenzen in Nicaragua zusätzlich gefördert werden.

Kuba wurde mit einer Seeblockade gedroht, eine Drohung, die auf dem Hintergrund der seit dem 6. Februar in der Karibik abgehaltnen Manöver der US-Navy, an denen über 40 Kriegsschiffe teilnehmen und die bis Mitte März dauern, nachhaltiges Gewicht erhält.

Gleichzeitig wird auf die liberalen Regierungen Mexikos, Costa Ricas, Panamas und Ecuadors ökonomischer Druck ausgeübt, um sie zu disziplinieren. Rodrigo Carazo, Staatspräsident von Costa Rica und ehemaliger Sandinistenfreund, hat der faschistischen Junta Duages politische Unterstützung zugesagt. Jaime Roldos von Ecuador gab anlässlich eines Besuchs einer Delegation des FDR offen zu, unter einem «nicht mehr auszuhaltenden ökonomischen Druck der USA» zu stehen. Lopez Portillo von Mexiko geriet unter Beschuss, weil er angeblich billiges Öl an Nicaragua und Kuba liefere. Portillo gehört heute zu den profiliertesten Gegnern der US-Interventionspolitik in El Salvador.

Waffen für El Salvador!

Spendet für das Überleben des salvadorianischen Volkes!

PC 30-80754.

Vermerk: «El Salvador», zugunsten M. Wolf, «Freunde El Salvadors». Gleichartige Aufrufe sind auch in der BRD, Frankreich, Nicaragua, Mexiko und in den USA lanciert worden. In der Schweiz sind seit dem letzten Aufruf bereits 33 000 Franken zusammengekommen, in der BRD sogar 1,4 Millionen D-Mark. Wir garantieren dafür, dass das Geld direkt an Frente Farabundo Martí Para la Liberación Nacional in El Salvador weitergeleitet wird.



In der Zitronenmonarchie spanien hat Don Juan kürzlich nur um ein Haar verhindern können, dass die Parlamentarier und mit ihnen die ganze mühsam eingebaute Demokratie hinter Schloss und Riegel kam. Was aber da und dort als Oppertentputsch belächelt wurde, hat bei manchem der bedrohten Politiker ungeahnte philosophische Schründe eröffnet: «In diesen Stunden habe ich nachgedacht, was ich eher weggeben würde – das Leben oder die Freiheit. Jetzt weiss ich es: das Leben», sagte zum Beispiel der Chef der regierenden Zentrumspartei Rodriguez Salagán – nachher, als er beides wieder hatte.



Im Risten sind die Amis stark. Und ihre Spezialität sind zweifelsohne grosse, kleine, lange, dünne, breit oder gezielt wirkende, immer aber tödliche Atomwaffen. Logisch: denn bereits heute ist in der US-Verwaltung jede vereite Stelle, an der Fremdsprachen benötigt würden, unbesetzt. Bald kann gar niemand mehr Arabisch, Chinesisch, Russisch, Koreanisch, Japanisch und Polnisch. Höchste Zeit, um diplomatischen Reddegeplänkel auf den direkten Feindkontakt zu wechseln. Zur Neutronenbombe braucht's, Haig sei Dank, keine Worte.

Für die US-Regierung töten die trickreichen Cruise Missiles, die neuen Pershing-II-Atomraketen und die Neutronenbombe offenbar nicht sicher genug. Das Pentagon will nun mit einem 4-Mrd.-Dollar-Kredit die Gefechtskräfte mit Nervengasampullen ausrüsten. Einen noch exotischeren Plan, wonach im Weltraum Laserkannonen stationiert werden sollen, hat der US-Kongress einstweilen zurückgestellt.

Neue Atomwaffen in Europa:

10 000 Hiroshimas auf einen Schlag

Seit über 25 Jahren verfügen die Militärmächte der Nato und des Warschauer Paktes (Wapa) über genügend atomare Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten. Trotzdem steigerte sich in der Zwischenzeit die Vernichtungskapazität der Militärböcke um ein Vielfaches, so dass sich heute die Bevölkerung Europas einer «Overkill»-Situation ausgesetzt sieht, die die menschliche Vorstellungskraft schier übersteigt: 60 Tnt nukleare Sprengkraft pro Kopf der Bevölkerung lagern in den stratischen und taktischen Waffenarsenalen der Militärs.

Gegenwärtig ist der Aufbau von neuen «euro-strategischen» Waffensystemen die beunruhigendste Entwicklung im globalen Rüstungswettlauf. Wenn die Indienststellung der russischen SS-20-Rakete lediglich ein Ersatz im Verhältnis 1:1 für die bestehende Ausrüstung (SS-14) bedeutet, dann stellt diese neue «Superrakete» der Sowjets nach Ansicht des Stockholmer Friedensinstituts Sipri keine quantitative unterschiedliche Bedrohung für Europa gegenüber dem derzeitigen Zustand dar. Qualitativ betrachtet, bieten jedoch die verbesserte Zielgenauigkeit, die Ausrüstung mit Mehrfachsprengköpfen und die verringerte Explosivkraft neue Möglichkeiten für «gezielte Schläge» gegen Westeuropa.

Die neue amerikanische Pershing-II-Rakete und der Marschflugkörper GLCM, besser bekannt als Cruise-Missile, hingegen bringen der Nato eine wesentliche qualitative und quantitative Ausdehnung der atomaren Schlagkraft.

Das ist eine vorgesehene Objekt von nur 45 m Durchmesser zu treffen. Wenn sich die Rakete dem Zielgebiet nähert, wird dieses durch ein Radarvideogerät abgetastet und mit einem Referenzbild verglichen. Spielt man ihr beispielsweise ein Computer-Luftbild des Kreml ein, findet sie diesen mühelos im Moskauer Häusermeer und schlägt präzise an jedem gewünschten Punkt des sowjetischen Führungszentrums auf.

Neu ist auch der «Earth Penetrator»-Gefechtskopf, der mit 2200 km/h auf dem Boden aufschlagen kann, ohne zu zerspringen. Der Earth Penetrator dringt bis zu 12 m tief in die Erde ein, dann erst detoniert der nukleare Sprengsatz und vernichtet unterirdische Befehlsbunker und Raketenislos. Schon vor 1983 sollen in Westeuropa 108 Pershing-II-Raketen stationiert werden.

Der bloss 6 m lange GLCM-Marschflugkörper mit einem halben Meter Durchmesser ist noch trickreicher ausgestattet. Er kann selbst im hügeligen Gelände in der extrem niedrigen Flughöhe von 50 m mit hoher Unterschallgeschwindigkeit über Wälder und Städte hinwegrasen und weicht sogar schwer erkennbaren Hindernissen, wie zum Beispiel Hochspannungsleitungen, aus.

Der Zielsuchcomputer kann die ihm eingespeiste Konturenlandkarte, welche von Satellitenaufnahmen abgeleitet worden ist, in bis zu zwanzig Segmente aufteilen und speichern. Die Rakete kann so einen Zickzackkurs einschlagen, der vom Gegner nicht vorauszube rechnen ist, ohne die Anflugroute zu verlieren. Die geringe Grösse des Marschflugkörpers weist einen Radarquerschnitt von nur 0,05 m² auf, so dass er nahezu so schwer ausfindig zu machen ist wie eine Mäwe.

In Tests hat diese Waffe mit einem Leichtgewichtssprengkopf von 200 kt Reichweite von 3000 km erreicht. 464 solcher Marschflugkörper sollen ebenfalls bis 1983 in Europa stationiert werden.

keten oder Zerstörungskraft der Nuklearköpfe, scheinen die Sowjetunion und ihre Verbündeten vom zu liegen: Bei der in Megatonnen berechneten Vernichtungswelt liegt das Verhältnis nahezu bei zwei zu drei zugunsten des Ostens.

Entscheidender aber ist, was mit den vorhandenen Trägersystemen befördert werden kann. Da können die USA ungefähr 12 000 Ziele mit ihren Sprengköpfen erreichen, während die Sowjets nur über etwa 5000 Sprengkörper verfügen. Auch bei den Langstreckenbomben ergibt die Übersicht ähnliche Relationen; hier liegt das Verhältnis bei 3:1 zugunsten des Westens. Bei den U-Boot-gestützten Sprengköpfen liegt das Gewicht bei einem Verhältnis von 5:1 noch eindeutiger auf der Seite der Westmächte.

Zwei amerikanische U-Boote vom Typ Poseidon beispielsweise, sollen sogar in der Lage sein, alle sowjetischen Städte mit über 100 000 Einwohnern zu vernichten. Jedes der über 30 Boote dieses Typs verfügt über 224 Atomsprenköpfe. Indes, der Fortschritt ist inzwischen schon einen Schritt weiter: die neuesten US-U-Boote des Typs Ohio, von denen das erste 1978 fertiggestellt wurde, haben 24 Trident-Raketen mit jeweils 24 Sprengköpfen an Bord – zusammen je 576 mögliche Ziele für jedes einzelne dieser Boote. Jeder Sprengkopf hat die zweieinhalbfache Stärke der Hiroshima-Bombe, die Rakete eine Reichweite von 11 000 km. Und mögen die Sowjets seit letztem November auch über die grösste U-Boot-alle Zeiten verfügen – ist die 30 000 Tonnen-Typhoon –, wirksamer ist die amerikanische Ohio: Die Typhoon-Boote sollen mit jeweils 20 SS-N-18-Projektilen ausgerüstet werden, auf denen je 3 Sprengköpfe Platz finden. Zielzahl also gerade bloss 60!

Bezagter Nuklearkrieg in Europa?

Verschiedene westliche Quellen, darunter das sicher nicht woffreundliche Hamburger

1 Vor zwei Jahren bezifferte die «NZZ» (2. 9. 78) dieses Verhältnis mit 11 000 zu 4500 zugunsten des Westens. Die «Welt» nannte noch etwas günstigere Zahlen: 11 300 zu 3820. Da beide Zeitungen dieselbe Statistik benutzen, muss wohl der «NZZ»-Redaktor ein bisschen gerundet haben. 2 Zitiert nach «Bild» (12. 2. 79).

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik

sprechen davon, dass die USA und die Nato auf dem Gebiet der Atomwaffen «ein dreifaches qualitatives Übergewicht» gegenüber der Sowjetunion und ihrer Verbündeten haben. Auch die Installierung der drohend auf Europa gerichteten SS-20-Raketen vermag kaum das generelle atomare Übergewicht des Westens in Frage zu stellen. So haben die Sowjets zwar mittlerweile an die 150 Raketen dieses Typs installiert; mehr als ein Viertel davon steht jedoch jenseits des Aktionsradius, von dem aus Westeuropa zu treffen ist: Sie bedrohen Moskaus Erzfeind China.

Der amerikanische Ex-Armeegeneral Tom Gervasi* behauptet sogar: Selbst wenn man die gegenwärtige Disparität ausser acht liesse, «so würden die Sowjets beim gegenwärtigen Produktionstempo der SS-20 noch einmal 33 Jahre brauchen, um mit jenen zusätzlichen 5000 taktischen Atomsprenköpfen gleichzuziehen, die wir, mit oder ohne SALT-II, bis 1985 in Europa haben werden». Das Stockholmer Friedensinstitut kritisiert denn auch in erster Linie den Nachrüstungsbeschluss der Nato. Die Nato-Entwicklungen würden als «Modernisierungen» heruntergespielt. In Tat und Wahrheit würden damit die bestehenden Anstrengungen zur Rüstungskontrolle untergraben, und ganz Europa würde im Hinblick auf eine atomare Verwüstung verletzlicher gemacht.

Unter gewissen Bedingungen von «kontrollierter Eskalation» könnten die USA eher bereit sein, in Europa stationierte Waffen einzusetzen als Interkontinental- oder U-Boot-Raketen, in der Erwartung, dass der sowjetische Vergeltungsschlag auf Europa begrenzt bleibt.

Es muss betont werden, dass die neuen Waffensysteme völlig unter amerikanischer Kontrolle stehen – es gibt kein «System der zwei Schlüssel», mit dem die Kontrolle mit dem Stationierungsland geteilt würde. So liegt letztlich die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa beim US-Präsidenten und im Hauptquartier des Strategic Air Command (SAC) in Omaha, Nebraska.

* Vgl. «Spiegel»-Titelstory im Heft Nr. 7 (9. 2. 81).

John Lennon – Superstar?

Working Class Hero in der Kulturindustrie

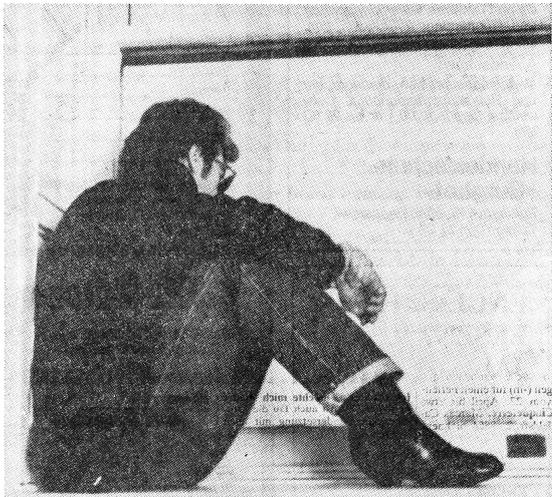
John Lennon hat viele Gesichter. Wie kaum ein anderer Star seiner Berühmtheit zerstörte er immer wieder mutwillig das Image, das ihm das Showbusiness auftrugte. Durch seinen gewaltsamen Tod wird er als das Überleben, was er gerade nicht sein wollte: als ein Mythos der Showbiz-Religion.

«As soon as you're born, they make you feel small...» THEY – wer ist das? SIE begleiten dich vom ersten Lebenstag an, SIE lassen deine Gefühle nicht leben, bis du ganz abgestumpft bist, SIE pressen dich in die Schule, wo SIE dich entweder hassen, wenn du schlau und intelligent bist, oder dich verachten, wenn du dich dumms anstellst, SIE erwarten von dir, dass du Karriere machst, und jagen dir Angst ein vor dem Versagen, und wenn du einmal die erste Stufe erreicht hast, wo du dich strammhältst mit «religion and sex and TV», sagen SIE dir, da oben wäre noch Platz, aber zuerst musst du lernen, «how to smile as you kill», lächelnd deinen Nächsten umzubringen wie dich selbst.

Zwischen DU und SIE spannt John Lennon in seinem Lied «Working Class Hero» das Leben eines Durchschnitts-

selber unsichtbar macht, verfolgt uns auf Schritt und Tritt. Es leuchtet überall da auf, wo wir fühlen, dass wir unser Leben nicht selber in der Hand haben. Es benennt Eltern und Chefs, Präsidenten und anonyme Planer. Dieses SIE sitzt aber auch tief in uns drin als Chor von Stimmen, die unablässig «halt» und «vorrwärts» rufen.

Auch Beatle sein bedeutete am Ende nichts weiter, als es IHNEN recht zu machen. «Ich habe gerade die Schule des Showbiz mit Abitur bestanden», meinte Lennon, nachdem die Gruppe sich aufgelöst hatte. SIE: Das waren die Erwartungen, die in die Beatles gesetzt wurden, das waren die Zwänge des Showbusiness, die mit dem Erfolg nicht kleiner wurden und welche die Gruppe teilweise auch schon verinnerlicht hatte.



Lennon-Bilder: «Rolling Stone»

menschen ein. Ein Leben, das verzerrt wird vom Widerspruch zwischen dem unartikulierten, in dumpfen Ohnmachtsgefühlen sich äussernden Wunsch auf eigene Gefühle und eigene Lebensziele und dieser ständig wechselnden Rollen auftritt und immer neue Opfer verlangt. SIE. Dieses kleine Wort, das wie eine Tarnkappe den Herrschenden auf dem Kopf sitzt und sie vielleicht sogar sich

Der Rock 'n' Roll der frühen Beatlesjahre war mit Sgt. Pepper, dieser überwältigenden Totenfeier, ironisch zu Grab getragen worden. Eingezwängt in prächtige Uniformen, mit zugeknöpftem steifem Kragen, machte sich die Popmusik bereit zum Marsch durch die Institution der Kulturindustrie.

Doch so sehr Lennon ein Intellektueller war, ironische Texte schrieb, kunstvolle Arrangements schuf und die Welt

mit bissigen Sprüchen schockierte, war er doch in erster Linie ein emotionaler Musiker, der, nach seinen eigenen Aussagen, nie etwas anderes spielte als Rock 'n' Roll. Wenn Lennon «Rock 'n' Roll» sagte, dann meinte er nicht einen musikalischen Stil, sondern eine Ausdrucksweise. «Wenn wir wirklichen Rock 'n' Roll wollen, dann ist es an uns allen, ihn zu kreieren und damit aufzuhören, von einem revolutionären Image beeindruckt zu sein.»

Als er die Beatles verlassen hatte, spielte Lennon wieder einfache, direkte Musik. Auf «Two virgins» liess er sich nackt mit Yoko Ono abbilden. Es war eine Nacktheit, die schockierte, weil sie ohne Sex-Appeal war und deshalb von vielen Leuten als hässlich und unanständig empfunden wurde.

Mit Yoko Ono begann für Lennon der Abbau des Popstar-Images. Er wollte nicht mehr länger den Beatles-Mythos reproduzieren. Seine Entwicklung vollzog sich in zwei Richtungen: eine nach innen und eine nach aussen. Mit Yoko trat er die Flucht nach vorne an, indem er sein Privatleben, das er neugieriger ersehe, bis in die intimsten Bereiche veröffentlichte. Er hob so die Spaltung in eine öffentliche Person und den Privatmann auf. Im Showbusiness war es gang und gäbe, dass die Stars ihre Ehen verheimlichte, weil das Image in ihnen verlangte, wie Götter nur für ihre Fans dazusein.

«Wir sind populärer als Jesus», hatte Lennon auf dem Höhepunkt der Beatles-Welle gesagt. Der Spruch wurde als Ausdruck von Grössenwahn gedeutet. In Wirklichkeit hatte Lennon nur präzise formuliert, was sich in den folgenden Jahren bestätigen sollte: Die Rockmusik hatte die Religion herausgefordert. Die Kirche und andere religiöse Bewegungen unterwarfen sich den Gesetzen des Showbusiness. «Jesus Christ Superstar» oder Papst Johannes Paul der Gratest sind nur zwei Beispiele unter vielen, die zeigen, wie die Religion die Überlegenheit des Showbusiness durch ihre hilflosen Anpassungsversuche anerkannte.

Lennon erfuhr die magische (wenn auch rational gesteuerte) Macht des Showbusiness am eigenen Leib, als die Beatles den indischen Maharishi aufsuchten. Innert kürzester Zeit verwandelt sich der Yogi durch den Beatles-Besuch in einen Popstar. Das Showbusiness, das den Beatles wie ein Schatten nach Indien mitgeflogt war, hatte den Yogi kurzerhand aufgeschluckt. Die Beatles waren, ohne es zu wollen, die stärkeren Gurus.

Im Stück «God» schwört Lennon jedem Glauben an einen Mythos ab, sei das nun der Mythos eines Christus, eines Yogi, eines Kennedy, eines Hitler, eines Elvis Presley oder derjenige der Beatles. «God is a concept by which we measure our pain» (Gott ist ein Konzept, durch das wir unseren Schmerz messen) singt er, um am Ende festzustellen: «The dream is over.» Vorbei der Traum, der schliesslich zum Alptraum geworden war. Es ist das Showbusiness, die Bewusstseinsindustrie, die solche Mythen fabriziert, ohne Unterschied von gut und böse. In den Medien wird jeder, der die Anlage zur Grösse besitzt, zum Showstar, sei er nun ein Guru, ein Diktator oder ein Musiker. Das Showbusiness ist die wahre Weltreligion. The medium is the message.

Was eine rechte abendländische Religion sein will, braucht ihre Inquisition. In Yoko Ono hatte der Show-Klerus die kleine böse Hexe gefunden, die den Beatle John zur Ketzerin verführt hatte. Sie war älter als John, sie machte ausfallende Kunst, und ihr Ausseres entsprach nicht dem Groupie-Schönheitsideal. Und vor allen Dingen war sie dem Star ebenbürtig. Lennon zur Welle von Antipathie, die sich gegen seine Frau erhob: «Sie ist eine Frau und sie ist eine Japanerin. Es gibt ein Rassenurteil gegen sie und ein Frauenvorurteil. So einfach ist das.» So einfach der entsprechende Songtitel: «Woman is the nigger of the world.»

Yoko verletzte nicht nur die Gesetze der Pop-Religion. Sie verletzte eines der heiligsten gesellschaftlichen Tabus überhaupt: Als Frau mischte sie sich in die Karriere ihres Mannes ein und wagte es sogar, diese – in den Augen der Fans – zu «zerstören». Immer wieder war ausgesprochen oder unterschwellig die Rede davon, durch seine Beziehung mit Yoko habe John an Kreativität eingebüsst. Dahinter verbirgt sich nur schlecht die Fan-Eifersucht, die in der Mystifizierung von Yoko zur bösen Hexe (oder zum hässlichen Entlein) ihren extremen Ausdruck fand.

Nach der Trennung von den Beatles ging Lennons Kreativität in eine neue Richtung. Anstelle des Spiels mit Ironie und Sarkasmus, das er bei den Beatles virtuos getrieben hatte, setzte Lennon nun, nicht minder provozierend und verwirrend, die Beschäftigung mit sich selbst und seiner Beziehung zu Yoko: «I don't believe in Beatles/I just believe in me/Yoko and me.» Auf der Platte «John Lennon/Plastic Ono Band» ist der schrittweise Abbau des falschen Selbst, die Entmystifizierung durch die Entdeckung und das Erleben frühkindlicher Entsagungsschmerz mit eindringlicher Intensität und Klarheit dargestellt. Es war Lennons erstes Soloalbum und be-



Lennon Kult

MB. Was hat es gebracht, dass John Lennon sein Privatleben so wahr und ehrlich, wie er konnte, offenlegte, weil er wusste, dass die Medien sich – wahr oder erfunden – ohnehin aufs detaillierteste damit befassen würden? Welche Rückwirkungen hatte diese Offenheit auf ihn und seine nahe Umgebung? Wollte er wirklich zur Kultfigur werden, nachdem er den Popstar Lennon herausge-urschrien und mit typischer Satire zerpfückt hatte? Ist Lennons Weg gangbar, oder ist er es deshalb nicht, weil am Wegrand Mark Chapman mit einer Kugel für ihn stand? Welche Rolle spielt die Bankierstochter Yoko Ono, und war es «zu Hause» wirklich nur «gemütlich»? Wie muss sich ein grosser Populärmusiker heute verhalten, um in diesem Spiel mit ungeheuren Kräften überhaupt zu überleben?

Lennon hat uns immerhin einige Hinweise darüber hinterlassen, wie mit den Medien und den dahinterliegenden kulturellen Bedürfnissen der Menschen auch umgegangen werden könnte. Fragen, zu denen weiterreichende Überlegungen sich mit jedem Musikstod weiter nach vorne drängen.

deutete eine musikalische Auseinandersetzung mit der Urschreithérapie, die er soeben bei Arthur Janov durchgemacht hatte. Er hatte ein sachliches Verhältnis zur Therapie, und Janov war für ihn keineswegs ein zweiter Maharishi. Über den Erfolg der Therapie sagte er: «Ich kann meine eigene Kugel fühlen, daher kann ich besser damit klarkommen als vorher, das ist alles. Ich bin derselbe, es gibt jetzt nur einen Kanal, es bleibt nicht alles in mir drin, es geht herum.»

Songs wie «Mother», «Remember» oder «Working Class Hero» sind unter dem frischen Eindruck der Janov-Therapie entstanden. In ihnen setzte sich Lennon mit seinem Ich, seinen neu entdeckten Gefühlen und der Gesellschaft auseinander. Der Refrain «A working class hero is something to be» mit der Schlusszeile «If you want to be a hero, well just follow me» weist wieder in die zwei charakteristischen Richtungen nach innen und nach aussen. Während sich John mit seiner Psyche befasste, behielt er immer auch die Gesellschaft im Auge, durch welche die Menschen so deformiert werden. Darin unterschied er sich vom nachfolgenden Heer der frustrierten Achtundsechziger, die nur gelernt hatten, in der Alternative «Ich oder die Gesellschaft» zu denken und sich plötzlich auf ihre vernachlässigte Psyche stürzten, um schliesslich bei irgendeinem Schlaraffen ihre Seelenlöhne und den Erlös aus der verkauften Polit-Bibliothek abzuladen.

In einer Zeit, da die Zweierbeziehung grundsätzlich in Frage gestellt wurde, demonstrierten John und Yoko als unzertrennliches Paar für «Love and Peace». Sie forderten mit ihren Auftritten den Spott von Johns Generation geradezu heraus, indem sie das Gebot «Du sollst freie Liebe machen» demonstrativ missachteten. Im Stück «Isolation» be-

Fortsetzung auf Seite 10

Ornette Colemans und James Blood Ulmers neuer Sound

«No Wave». Music Revolution Ensemble. Moers Music 01072. Etwas 20 Fr.

«No Wave»

«Lärm, Chaos, Scheisse», schimpften Jazz-freaks, Kritiker und Musiker letzten Frühling am Moers-Festival beim Auftritt des New-Yorker Music Revolution Ensemble des schwarzen Gitarristen James Blood Ulmer. Der Sound war elektrisch, laut, übersteuert. Gitarre und Saxophon waren kaum zu identifizieren. Der Rhythmus hämmerte schnell, intensiv und gradlinig. Ich sass in der vordersten Reihe, war da wegen des Loft-Saxophonisten David Murray, der schon mehrmals in Willisau gespielt hatte. Ebenfalls war man auf Ulmer gespannt. Er sei der Gitarrist, mache etwas total Neues. Der elektrische Sound, der ungebrochene, hart geschlagene Rhythmus walzten mich nieder. Ich ärgerte mich, war überhaupt nicht gewillt, einmal mehr auf den neusten Export aus New York einzugehen. Murrays Saxophon war nicht zu erkennen. Er ging im Gruppensound unter (auf!) oder quetschte auf seinem Instrument wie ein amoklaufender New-Wave-Sänger. Hinter mir fanden es einige Free-Jazz-Fans doch zu bunt, riefen beim dilettantisch banalen Basssolo: «Üben! Üben!», wollten wie ich nur noch den bewährten Murray hören und schrien im Chor: «Only sax, only sax!» Einige hundert andere stiegen ein. Aus «Only sax!» wurde durch die vielen Stimmen «Only sax!», was den Leuten offenbar Spass machte. Nach einem relativ kurzen Auftritt packten die Musiker ihre Instrumente und raumten die Bühne.

Punk. – Einfach nicht richtig zugehört in Moers? Sicher, ich war gar nicht offen dazu. Die konkreten Erfahrungen der letzten Monate waren noch nicht: Behördengewalt, Polizeigewalt, Strassenschlächten, Wut, Ohnmacht, Power. Die aggressive, dissonante Tonfülle, der intensive, überbordende Rhythmus machten mir nun anschaulich und sinnlich erlebbar – nicht nur jene Welt zwischen den Wolkenkratzen in New York –, was bei uns in Zürich ist.

Dieser Sound wurde beim Altsaxophonisten Ornette Coleman entwickelt. Seit 20 Jahren experimentiert Ornette, verschwindet von der Szene, erscheint mit neuen Ideen, wird wiederum verspottet. Ornette über sich: «Ich bin Neger und Jazzer, auch Improvisator und Komponist, aber das zählt erst in zweiter Linie, und als Neger und Jazzer fühle ich mich einfach miserabel.» 1959 rückte Ornette quasi über Nacht in den Mittelpunkt der Jazz-Szene durch legendäre Auftritte und Platteneinspielungen mit Don Cherry, Charlie Haden und Billy Higgins. Nat Hentoff schildert seine Beobachtungen im New-Yorker Jazzklub «Five Spot», in dem Ornette im Winter 1959 sein erstes längeres Engagement hatte: «Nacht für Nacht reilten sich grimmig-skeptische Musiker an der Bar auf, machten sich über Coleman lustig, fragten sich aber gleichzeitig, ob er nicht doch etwas zu sagen hätte.»

Freie Gruppenimprovisation lautete das musikalische Programm von Ornette, das er 1960 mit der Aufnahme «Free Jazz» in einer Totalität realisierte, wie es im Jazz bisher unvorstellbar war. Auf der Basis einiger Vereinbarungen wie tonales Zentrum, durchgehaltenes Tempo, eine gewisse Rollenverteilung entstand eine Musik, deren Zusammenhang, wie Jost schreibt, «fast ausschliesslich von dem Willen der beteiligten Musiker zur Interaktion abhängig ist».

Ornettes neueste Entwicklung, die er seit einige Jahren vollzieht, geht hin zu Formationen mit Gitarre, E-Bass und Schlagzeug. So wird ein energiegeladener Gesamtsound erzeugt, der die freiste Improvisationsmöglichkeit verschafft. Ornette Coleman: «Nun, wer richtig hört, wird merken, dass sich überhaupt nichts an mir verändert hat. Was ich versuche, ist nur, mehr Ausdruckskraft zu finden. Ich schliesse mich weder der Rock-Bewegung noch der Electric Music, noch sonst etwas an, ich will mir nur eine bessere Ausgangssituation verschaffen, um immer mehr zu wachsen, weiter in Richtung eines grossen Orchesters zu gehen... Auf unserer Tournee kam ein Mann vom Rundfunk zu mir



James Blood Ulmer

und sagte «Ihre Musik klingt, als ob Sie sich nicht um die Instrumentation, sondern allein um den Klang kümmern. Er hat das sehr gut getroffen. Meine Musik spielen so, dass man gar nicht an die Instrumente denkt, son-

dern in erster Linie die Musik als Ganzes wahrnimmt... Ich gehe davon aus, dass der Sound mehr Kreativität in sich birgt als der Stil.»

James Blood Ulmer traf Ornette 1972 und zog ein Jahr lang in sein Manhattan Loft, um seine berühmte «Harmolodische Theorie» zu studieren. Diese beinhaltet, dass jedes Instrument in einer Gruppe sowohl Melodie- wie Rhythmusinstrument ist. Traditionelle Rollen wie die konventionelle Beschäftigung mit harmonischen Konsonanzen und Auflösungen werden weniger wichtig. Es entsteht eine Musik, die entgegengesetzte, alternierende Linien besitzt. Ulmer: «Ornette lehrte mich eine spezielle Art von Freiheit kennen. Diese erlaubt mir zu experimentieren und auszudrücken, was ich fühle. Coleman spielte anders als alle, die ich bis anhin getroffen hatte. Er verwendet keine bar lines, um seine Phrasierungen zu lenken. So musste ich lernen, fortwährend zu modulieren und zu orchestrieren, was nun ein wichtiger Bestandteil meiner Konzeption ist.» Seine eigene Musik nennt Ulmer «Harmolodische Diatonik Funk» und ist auf den Platten «Are You Glad to Be in America» und «No Wave» aufgenommen. Ulmer hat mit diesem Sound zusammen mit dem Musikern David Murray, Amin Aki und Shannon Jackson in New York die Rock-Klubs erobert. Selbst New-Wave-Fans und Punks geben ihm die Ehre. Bernhard Loupias vom «Jazz-Magazin»: «Auf einen Schlag: Miles und Funk. Sonny Sharrock und Hendrix, gegangen durch die Mühlen von Ornette Coleman. Und alles tönt sehr hart und rockig...»

Das Beste, was der Rock besitzt, seine Fähigkeit, die Zeit zu spüren, hat Ulmer in seine Musik geholt.» Vom Rock erwarb sich Ulmer den kompromisslosen Power, elektrisch-ekstatischen Sound, hart geschlagene Rhythmen. Dazu kommen das Anarchische des Free Jazz, dessen harmonische Komplexität und Dichte, die freie und emotional geladene Improvisation. Eine Musik, welche die Gewalt und Härte verfeinertester Grossstädte in musikalischer Milde und ekstatischem Freiheitsrausch transzendiert. Patrick Landolt

schreibt Lennon, mit einem Seitenhieb gegen die Spiessmentalität seiner Zeitgenossen, wie stark Yoko und er unter der Reaktion der Öffentlichkeit litten: «Just a boy and a little girl/ trying to change the whole wide world/ isolation/ the world is just a little town, everybody trying to put us down» (Bloss ein Junge und ein kleines Mädchen/ die versuchen, die ganze weite Welt zu verändern/ Isolation/ die Welt ist bloss eine Kleinstadt, in der jeder versucht, uns unterzukriegen).

Die Friedensaktionen, die Therapie und die Ehe mit Yoko mit dem vorübergehenden Rückzug aus dem Showgeschäft waren Versuche, den Beatles-Mythos, den John wohl als einziger der vier als bedrohlich empfand, abzubauen und zu sich selber zu finden. Er war, wie auch Yoko, ein Medium, er hatte etwas zu sagen und brachte die Öffentlichkeit wie Atemluft. Er wollte der Mystifizierung entgegen, indem er sich als John Lennon, Ehemann, Vater und Hausmann mit dem Beruf Musiker so ehrlich, wie das in diesem Geschäft noch möglich ist, realisierte. Er schuf damit durch das Massenmedium Schallplatte hindurch eine Intimität, die einen gleichzeitig fasziniert und befremdet.

Die Unterhaltungsindustrie ist ein durchrationalisierter Machtapparat. Stars sind Bestandteile eines immer perfekter funktionierenden System der seelischen Ausbeutung. Die Technologie und das Management dieses Apparates sind von höchster Rationalität. Irrational ist aber das Material, mit dem diese Industrie ihr Geschäft treibt. Im Film «Gimme Shelter» sieht man die Stones beim Altamont-Konzert ihr «Sympathy for the de-

WORKING CLASS HERO

AS SOON AS YOU'RE BORN THEY MAKE YOU FEEL SMALL
BY GIVING YOU NO TIME INSTEAD OF IT ALL
TILL THE PAIN IS SO BIG YOU FEEL NOTHING AT ALL
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
THEY HURT YOU AT HOME AND THEY HIT YOU AT SCHOOL
THEY HATE YOU IF YOU'RE CLEVER AND THEY DESPISE A FOOL
TILL YOU'RE SO FUCKING CRAZY YOU CAN'T FOLLOW THEIR RULES
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
WHEN THEY'VE TORTURED AND SCARED YOU FOR 20 ODD YEARS
THEN THEY EXPECT YOU TO PICK A CAREER
WHEN YOU CAN'T REALLY FUNCTION YOU'RE SO FULL OF FEAR
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
KEEP YOU DOPED WITH RELIGION AND SEX AND TV
AND YOU THINK YOU'RE SO CLEVER AND CLASSLESS AND FREE
BUT YOU'RE STILL FUCKIN' PEASANTS AS FAR AS I CAN SEE
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
THERE'S ROOM AT THE TOP THEY ARE TELLING YOU STILL
BUT FIRST YOU MUST LEARN HOW TO SMILE AS YOU KILL
IF YOU WANT TO BE LIKE THE FOLKS ON THE HILL
A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
YES, A WORKING CLASS HERO IS SOMETHING TO BE
IF YOU WANT TO BE A HERO WELL JUST FOLLOW ME
IF YOU WANT TO BE A HERO WELL JUST FOLLOW ME

vil» vor einem entfesselten Publikum spielen. Während ein Zuschauer mitten im Tumult erstochen wird, steht Mick Jagger hilflos und verzweifelt auf der Bühne und versucht, die Leute zu beruhigen. Bleich, klein und ängstlich steht er seinem eigenen Mythos gegenüber, der ihm als Ausbruch von Hass und Panik entgegenschlägt.

In der Person des Mörders Mark David Chapman, dem besessenen Lennon-

Fan, trat John sein totgeglaubter Mythos entgegen. Dieser hatte sich von seiner Person gelöst und war still weitergewachsen. Nachdem sich der Mörder, den «Fänger im Roggen» lesend (er hätte auch lächeln können), seelenruhig hatte festnehmen lassen, sagte er über sein Tatmotiv: «Das meiste in mir wollte nicht, dass ich es tue, aber etwas zwang mich.» SIE zwangen ihn.

Zivildienstinitiative
Wir suchen für unser Deutschschweizer Sekretariat eine(n) zweite(n)
Sekretär(in) (Halbtagsstelle)

Zu den Aufgaben gehören: Vorbereitung der Abstimmung; Presse- und Medienarbeit; Vorbereitung und Mithilfe bei div. Aktionen (Modell-Zivildienste); Kontaktnahme mit Parteien, Verbänden etc.; Ausbau und Festigung der Regionalgruppen und viel administrativer Kleinkrams.
Das genaue Pflichtenheft wird mit dem bisherigen Sekretär je nach Neigung geteilt.
Unsere(r) neue(r) Sekretär(in) sollte deutsch und französisch schriftlich und mündlich sehr gut beherrschen, die Schreibmaschine nicht nur ein- und ausschalten können und die Zivildienstinitiative nicht nur vom Hörensagen kennen.
Arbeitsbeginn: Sommer 1981.
Wir wünschen eine Verpflichtung bis zur Abstimmung (1983, noch nicht festgelegt). Gehalt: Fr. 800.- im Monat.
Bewerbungen bitte bis zum 21. März 1981 einsenden an: **Initiativkomitee für einen echten Zivildienst, Deutschschweizer Sekretariat, Postfach 158, 3052 Zollikofen.**

Wir suchen auf 21. April 1981 (Ganztagesschule) und auf 4. Juni 1981 (Abendschule)

Lehrerinnen oder Lehrer
im Nebenannt

Ganztagesschule:
Wirtschaftsgeographie, Warenkunde und Deutsch. Mittwochvormittag und Donnerstag, 9 Stunden; evtl. zusätzlich 2 Stunden Französisch.

Abendschule:
Maschinenschreiben, Stenographie und Handelskorrespondenz. Donnerstagabend, 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr.

Handelsschule «Burghof»
Postfach 116, 8640 Rapperswil
Telefon 055/27 38 96

ENGLISCH LESEN? JA!

Southbourne School of English (SSE) Bournemouth

English Language Summer Schools (ELSS) Bournemouth, Cambridge, Poole, Dorchester, Torquay

Sekretariat SSE ELSS
Mattenenge 2
3011 Bern

Sundecker: Ferienspass auf höchster Ebene.



Sundecker-Reisen sind einzigartig: Eigene Küche, flexible Programme, die Nächte im Zelt und Hochstimmung bis übers Dach! 9 Routen in Europa und Nordafrika und 80 Abfahrtsdaten. Mehr Details? Schick uns den Coupon und du erhältst postwendend und gratis unseren Sundecker-Katalog.

Die Reisen sind günstig. Die Information ist gratis.

Bitte schick den Sundecker-Katalog 1981 an folgende Adresse:

Name: _____
Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Jahrgang: _____

Bitte schick diesen Coupon an folgende Adresse: SSR-Reisen, Postfach, 8026 Zürich

SSR-Reisen

Basel, Bern, Biel, Chur, Davos, Luzern, St. Gallen, Zürich

Telefonverkauf 01/242 31 31

anders als anders Reisen für junge Leute.

Diskreter Versand hygienischer Artikel!

R3 activ-feucht mit Reservoir

21 Stück Fr. 14.-
51 Stück Fr. 33.-
150 Stück Fr. 85.-

Tempo-Versand
Postfach 43, 9013 St. Gallen

Tage improvisierter Musik

Workshops & Konzerte, Zürich 1981
Kramhofsaal, Fusslistr. 4 (Musik Hug, vis-à-vis St. Annahof)

28. März Steve Lacy/Mal Waldron (Sopransax/Piano)	25. April Guertino Mazzola (Piano)
11. April Martin Joseph/Eugenio Colombo (Piano/Altosax/Fiote/Bass-Klarinette)	2. Mai Pierre Favre/Pierre Imhasy (Perkussion/Text und Rezitation)
18. April Erika Radermacher/Urs Peter Schneider (Gesang/div. Instrumente/Piano)	9. Mai Musica Libera (René Krebs, Trompete/Thomas Eckert, Klarinetten/Pit Gutmann, Perkussion)

Workshop 14.15 Uhr Eintritt Fr. 5.-
Konzert 20.15 Uhr Eintritt Fr. 10.-
Zusammen Fr. 12.-, ganzer Zyklus Fr. 60.-

Vorverkauf & Information:
Nina's Jazz+Blues
Froschaugasse 8, Telefon 69 39 29

Mr. JAZZ

Schallplatten
8001 Zürich, Obere Zäune 19
Tel. 01 69 41 32

An- und Verkauf von Occasions-LPs
Studenten 10% Rabatt

Mehr über die Wochenzeitung in der Aprilnummer

Sardinien
Abflug jeden Samstag ab Zürich oder Genf nach Olbia.

Tennis
Köner und alle, die es werden könnten, treffen sich in Alghero.
1 Woche Fr. 990.- Auf Wunsch auf 2 Wochen (Fr. 1490.-) oder 1 Woche zusätzlich auf eigene Faust (Fr. 1020.-).
Neu: 1 Woche Tennis und 1 Woche Rundreise mit SUNDECKER, Fr. 1290.-.

Baden
14 Tage lang dem Alltag davonschwimmen und am kilometerlangen Strand bei Alghero unter sardinischer Sonne liegen.
Fr. 1090.- bis 1260.-, alles inbegriffen.

Wandern
Sardinien auch dort kennenlernen, wo man nur zu Fuss hinkommt.
23.5.-6.6., 6.-20.6. Fr. 1150.-
5.-19.9., 19.9.-3.10., 3.-17.10. Fr. 1150.-

Auf eigene Faust
Mach, was du willst.
14 Tage lang Fr. 490.- - 560.-, inklusive 2 Uebernachtungen in Olbia.

Fly-Drive
Mit Mietwagen und am besten mit Zelt und Schlafsack. 7 oder 14 Tage.
Fr. 675.- bis 725.- für 7 Tage.

SSR-Reisen
Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen und Zürich.
Telefonverkauf 01/242 31 31

anders als anders Reisen für junge Leute.

242-11 12

braucht Hörer, (01) 242 11 12 und Gönner (PC) 80-53650

Tramp doch ämal inä!

■ OFFSET-SYSTEMDRUCK		
EXEMPLARE	1-seitig	beidseitig
bis 200	15.80	29.40
300	22.-	40.40
400	26.60	48.20
500	29.60	53.20
600	32.20	57.20
700	34.80	61.20
800	37.30	65.-
900	39.70	68.60
1000	42.-	72.-
2000	78.-	132.-
5000	171.-	282.-

■ XEROX - DRUCKKOPIEN		
Preise (pro Vorlage)		
1	50 Druckkopien	Rappen/Druckkopie
	60 Druckkopien	= Fr. 5.70
	70 Druckkopien	= Fr. 6.30
	80 Druckkopien	= Fr. 6.80
	90 Druckkopien	= Fr. 7.20
	100 Druckkopien	= Fr. 7.50
	150 Druckkopien	= Fr. 11.25
	200 Druckkopien	= Fr. 15.-
	jede weitere Druckkopie	= 7,5 Rappen

■ PLASTIC-SPIRALBINDUNGEN

■ BROSCHÜREN (Dissertationen)

■ SORTIEREN GRATIS

A 4 Kopien (IBM und XEROX-Bücherkopierer) 15 Rappen
A 3 Kopien 30 Rappen
Verkleinerungen (stufenlos 100 % bis 61 %) 25 Rappen

Montag bis Freitag 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
SAMSTAG: Nur Copy-Center Sonneggstrasse 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG	ADAG COPY-CENTER Sonneggstrasse 25 8006 Zürich Tel. 01/47 35 54	ADAG COPY-CORNER Seilergraben 41 8001 Zürich Tel. 01/251 49 34	ADAG COPY-CENTER Josefstrasse 32 8005 Zürich Tel. 01/42 49 48
--	--	---	--

100 000 in Brokdorf

«Treibt sie in die Gräben!»

Zwei Tage vor der angekündigten Brokdorfer Gross-Demo in Bremen: eine letzte Vorbereitungs-VV der Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomkraft (BBA). In der Uni-Mensa treffen sich fast 2000 Leute. Per Lautsprecher wird erklärt, dass man die Mensa nur für eine wissenschaftliche Veranstaltung habe mieten können. Darum würden zuerst einige Kurzreferate gehalten, alles Weitere könne man ja im Anschluss daran diskutieren. Verständnissvolles Gelächter. Die Kurzreferate stecken in Stichworten noch einmal den regionalen Hintergrund der Demonstration ab: Funktion des Kernkraftwerks Esensham (Unterweser), Industrialisierung, Zersiedlung und Luftverschmutzung in der Wesermarsch. Der Druck der Konzerne, um über Brokdorf billigen Strom für die neuen riesigen Industrieanlagen in der Nähe des Ölhafens Brunsbüttel zu bekommen. Und immer dasselbe Spiel: Gemeinden werden mit Versprechungen geködert, Steueraufträge, Arbeitsplätze usw.

Dann die Diskussion um Gewalt. Aus dem Beifall wird klar: man will, wenn möglich, eine friedliche Demo, wird nicht zu militanten Massnahmen aufrufen, aber man wird sich nicht scheuen, sie einzusetzen, wenn sie von der Polizei aufgezwungen werden. Auf jeden Fall wird man sich durch die Gewaltfrage nicht mehr spalten lassen. Die Zeiten der abstrakten Prinzipialdiskussionen sind auch eher vorbei, und die von den bürgerlichen Politikern und Medien hochgeschpielten Frage der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration wird überhaupt nicht mehr gestellt. Im Gegenteil, aus Einzelgesprächen wird deutlich, dass viele eher passive AKW-Gegner erst durch das Verbot für die Demo mobilisiert worden sind.

Schliesslich die Besprechung der organisatorischen Probleme: Lautsprecherwagen, Fahrer, Piratensender, Merkblätter vom Verkehrsausschuss, vom Sani-Ausschuss und vom Ermittlungsausschuss (Verhalten bei Festnahmen etc.) werden verteilt. Über solche inhaltlichen Vorbereitungen regionaler Arbeitsgruppen bzw. Stadtteilgruppen der BBA, in denen eine ganze Reihe renommierter Wissenschaftler mitarbeitet und über deren kontinuierliche zum Teil jahrelange Arbeit, konnte man in den Medien nichts lesen; statt dessen im «Tages-Anzeiger»: «In Brokdorf war von Kernenergie kaum die Rede.»

Versteckspiel bei der Anreise

Freitag nachts kurz vor 2 Uhr geht's mit 26 Bussen aus Bremen, 20 Bussen aus Oldenburg und etwa 1500 PKW los. Eine 15 bis 20 km lange Schlange wälzt sich Richtung Autobahn. Auf der Autobahn jede Menge Busse und PKW aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Töffmelder geben ihre Informationen per Sprechfunk zu den Anti-AKW-Organisationen durch, andere Piratensender und Polizeifunke werden abgehört.

Auf halbem Weg nach Hamburg signalisieren die Töffmelder eine Polizeisperre. Der rollende Demo-Zug stoppt. Nach einer Viertelstunde meldet der Piratensender Radio Zebra: «Wir umgeben die Polizeisperre auf folgender Route...» Der Demo-Zug weicht auf Landstrassen westlich der Autobahn aus, die Polizei ist plötzlich verschwunden. Erst auf einer Schnellstrasse Richtung Elb-Tunnel taucht sie wieder auf. Der Demo-Zug hatte erfolgreich die Sperre umgangen. Der Piratensender hatte nämlich eine falsche Fahrtroute gelegt, und

die Polizei war prompt darauf hereingefallen.

Jetzt die Auffahrt auf die Autobahn. Genaue Anweisungen von Radio Zebra: Warnblinkanlage an, alle drei Spuren und zusätzlich die Standspur besetzen und vierspurig auf den Elb-Tunnel zu fahren. Hinter dem Elb-Tunnel winkende, jubelnde Demonstranten aus Hamburg, die mit einem Bremer Hupkonzert begrüsst werden.

Nach weiteren 9 Stunden erreicht der Demo-Zug die Koppel eines Bauern ca. 15 km vor Brokdorf, der diese als Parkplatz für die Bremer zur Verfügung gestellt hatte. Überhaupt parkierten viele Busse und PKW auf Bauernhöfen - was gar nicht mit der von den Medien beschworenen Angst der Bevölkerung vor dem Demonstranten übereinstimmte.

Generalprobe zum Bürgerkrieg

Am Samstagmorgen, gegen 11 Uhr, beginnt der Marsch. Ein endloser Zug bewegt sich in Richtung Brokdorf. 5 km nach Wilster eine Polizeisperre. Ringsum auf den festgefrorenen Feldern wimmelt es von Demonstranten. Tausende haben die Sperre, zum Teil mit provisorischen Brücken, über einen strategisch wichtigen Wasserlauf umgangen. Viele Demonstranten kehren nach den ersten 10 km völlig durchfroren um. Hinter der Sperre ist der Zug so lang, dass die Spitze nicht mehr ausgemacht werden kann. Von Norden her nähert sich ein zweiter Demonstrationzug dem Baugebiet.

Kurz nach 15 Uhr die erste Polizeidurchsage, innerhalb von fünf Minuten alle Betonstrassen um den Bauplatz zu räumen, abzuziehen, sonst: Knüppel raus, Wasser marsch. Kaum jemand glaubt das zu dem Zeitpunkt - warum auch Gewalt, wo bisher alles gewaltlos geblieben war? Nach zweimaliger Aufforderung rücken Wasserwerfer und Polizei vor, werden die am Bauzaun installierten Wasserkanonen eingesetzt: Jetzt beginnt, ist Bürgerkriegs-Generalprobe, der Einsatz technisch perfekt ge-



Foto: Günter Zint

rüster Bundesgrenzschutz und Polizeitruppen, noch perfektionierter als in Gorbien.

Behelmte AKW-Gegner stellen sich den auf der NWK-Strasse und den Wisconsin vorrückenden Polizeikräften entgegen, decken damit auch den Rückzug der anderen, die zum Teil panikartig weglauen. Tränengas fliegt überm Bauzaun, Demonstranten werfen es zurück, ein Spiel wie Cowboy und Indianer. Steine, Eisbrocken werden gegen die immer rascher vorrückende Polizei geworfen; das Bemühen, sie wenigstens eine Weile aufzuhalten, ist aussichtslos.

Ein DPA-Reporter hört den Befehl eines Einsatzleiters: «Greift sie euch und schlagt sie zusammen!» - Dies zu einem Zeitpunkt, wo die Masse der Demonstranten längst auf dem friedlichen Rückzug ist. Ein Pressephotograph: Ein Demonstrant, bis zum Bauch im eiskalten Wasser, wird ebenso geschlagen wie ein Mädchen, das schon am Boden liegt. Wütend hat inzwischen an der anderen Ecke des Bauplatzes in Richtung Dorf ein Trupp von etwa 20 Demonstranten

angegriffen: ein Molotowcocktail setzt ein Nebengebäude (Anlage des Klärwerks) in Brand, die Rauchfahne ist weithin zu sehen. Ein Polizist im Wasserkanonenstand soll von einem Molotowcocktail getroffen worden sein: «Beamter brannte wie Fackel», berichtet Associated Press (AP) - und die «Bild-Zeitung brachte diese Falschmeldung als Schlagzeile!

Als die letzten Demonstranten den Bauplatz verlassen, fliegt eine Helikopterstaffel des Bundesgrenzschutzes (fünf Maschinen, zeitweise waren bis 20 in der Luft, die im Tiefflug über Leute am Bauplatz hinwegflogen), ein, greift die zurückmarschierende Demonstration an, trennt sie, knüppelt und schlägt verschiedene Leute und treibt sie in die Gräben. Einzelne Demonstranten, wird erzählt, seien direkt vom Helikopter aus verhaftet worden.

Warum der Einsatz erfolgte, weiss auf Befragung kein Einsatzleiter vom Bundesgrenzschutz und von der Polizei zu berichten. Klaus Jochims/«Die Neue»

Von Urs Schmidlin

Hierzulande war man überrascht, und dies nicht nur bei den Bürgerlichen, über die «Mobilisierungsfähigkeit» und die breite «Militanz» der Anti-AKW-Bewegung im norddeutschen Raum. Aus dem Stand war dieser Erfolg allerdings nicht zu erreichen, eine Skizze der Geschichte des Widerstands gegen das AKW Brokdorf zeigt einige der Gründe auf, warum eine Parole wie «Legal, illegal, scheiss egal», der Westberliner Hausbesetzer zunehmend auch die Haltung der meisten Bürgerinitiativen charakterisiert.

Auftakt mit Theater und Transparenten

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Untereibe (BUU) wurde vor mehr als sieben Jahren im Wohnzimmer des Wewelsflether Bürgermeisters Sachse gegründet. Wewelsfleth ist eines der 22 Dörfer der Wilster Marsch; derzeit wohnen in diesen kleinen Gemeinden 14 808 Menschen. Auf ihrer ersten Veranstaltung am 15. Dezember 1973 informiert die BUU die Bevölkerung von Brokdorf und Umgebung über die Absicht, in der Region ein AKW zu bauen; Genaueres ist allerdings auch der BUU noch nicht bekannt.

Erst im August 1974 beantragt die Kernkraftwerk Brokdorf GmbH, bestehend aus den Nordwestdeutschen Kraftwerken (NWK) und den Hamburgischen Elektrizitätswerken (HEW), für das AKW Brokdorf, worauf die BUU über 30 000 Unterschriften gegen das geplante AKW zusammenträgt. Ein sogenannter «atomrechtlicher» Erörterungstermin wird, trotz massiv vorgetragenem Protest, im November 1974 durch die Kieler Landesregierung abgebrochen.

Die AKW-Gegner reagieren nun ihrerseits nicht mehr nur mit parlamentarischen Methoden, sondern auch mit Transparenten und Agitpropheatern. Als die Atomkraftwerkbetreiber ein Jahr später für eine Genehmigung zur Entnahme von Kühlwasser aus der Elbe nachsuchen, erheben 6000 Einwohner aus Brokdorf und Umgebung Einspruch. Gleichzeitig zirkuliert eine Erklärung in der Wilster Marsch, in der zur Platzbesetzung aufgerufen wird.

Erster Besetzungsversuch

Der Widerstand der Brokdorfer Bevölkerung nimmt zu. Aber Ministerpräsident Stoltenberg erteilt die erste Teilerrichtungsgenehmigung und ordnet ihren sofortigen Vollzug an. Tags darauf rücken Polizei und Werkschutz an. Nachts fahren sie, ausgerüstet mit Mannschaftswagen, Baumaschinen, Lastzügen, auf den Bauplatz.

Wie es zur grössten Anti-AKW-Demonstration aller Zeiten gekommen ist:

DER LANGE MARSCH



Foto: Günter Zint

Gegen 100 000 AKW-Gegner haben am Samstag vor vierzehn Tagen trotz Demonstrationsverbot gezeigt, dass sich dem Weiterbau des AKW Brokdorf nicht tatenlos zu sehen. Anhand einer Chronologie der wichtigsten Phasen

Zwei Tage nach der Platzbesetzung durch die Polizei stellt die BUU in einem Bauwagen ein Informationszentrum neben dem AKW-Gelände auf und ruft zu einer Kundgebung am Bauplatz auf. An diesem Tag kommen 8000 AKW-Gegner. Es gelingt ihnen, mit Hilfe von Stangen, Brettern und Zangen den damals noch wenig ausgebauten Festungsring um den Bauplatz zu durchbrechen. Sie richten sich mit Unterstützung der in der Nähe wohnenden Bauern auf die Nacht ein. Trotz Stillhalteusage von der Polizei rückt diese mit Pferden, Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas an und räumt den Platz. Die Zelte der 2000 Besetzer werden verbrannt. Die örtliche Bevölkerung solidarisiert sich tags darauf auf einer Pressekonferenz mit den Platzbesetzern. In mehreren Städten der BRD finden Kundgebungen statt.

Die AKW-Betreiber bauen nun ihrerseits die Festungsanlage Brokdorf in erhöhtem Tempo aus. Gräben bis zu 8 m Breite werden ausgehoben, eine 5 m hohe Mauer wird errichtet. Stahlgitter werden in den Boden betoniert, und diese wieder mit Nato-Stacheldraht verstärkt.

Mit Helikopter gegen Demonstranten

Im November findet eine weitere Kundgebung gegen das geplante AKW statt. In der Nacht vor der Demonstration werden um das Gebiet von Brokdorf ein «äusserer» und ein «innerer» Sicherheitsgürtel gelegt, wie dies sonst bei der Terroristenfahndung praktiziert wird. Diesmal treten schon 30 000 Menschen, nach anderen Angaben sogar 45 000 am Bauplatz gegen das Atomprogramm an. Die Polizei verteidigt die «eingezäunte» Bauplatzweise mit Helikoptern, aus de-

nen sie Tränengaspertarden in die Menge schießt. Der bürgerkriegsähnliche Polizeieinsatz fordert viele Verletzte.

Im Dezember erlassen die Gerichte, wohl angesichts des breiter werdenden Protests, per einstweiliger Verfügung den Baustopp, der in der Hauptverhandlung bestätigt wird. Damit gelingt es, noch vorhandene Hoffnungen in die Gerichte und in die Parlamente wieder zu stärken.

Tatsächlich kommt es zur befürchteten Spaltung der Anti-AKW-Bewegung. Die massive Hetze in den Medien, die vom Staatsschutz gefälschten Flugblätter, die Ansprachen des Bundeskanzlers im Fernsehen waren nicht ohne Wirkung geblieben. Auf der Landeskonferenz der BUU in Rendsburg Ende Januar gelingt es der DKP und dem linken Flügel der Sozialdemokratie, sich bei einem Teil der Bürgerinitiativen durchzusetzen.

Der sogenannte «gemässigte» Flügel ruft zum 19. Februar 1977 zu einer «friedlichen politischen Grosskundgebung» in Itzehoe auf, während die Hamburger BI und die meisten Organisationen links von der DKP zu einem Marsch in Richtung Bauplatz aufrufen.

Die Mehrheit der AKW-Gegner beteiligt sich an der Bauplatzdemo. Insgesamt 60 000 Menschen werden an diesen beiden Demonstrationen gezählt. Getarnt als Demonstranten überfällt das Kieler mobile Einsatzkommando (MEK) den abziehenden Brokdorfer Zug und macht mehrere «Gefangene» - unter Zuhilfenahme von Maschinenpistolen, Handfeuerwaffen. Obendrein werden die Demonstranten eingeklagt und müssen für die jeweiligen Polizeieinsätze aufkommen!

Verunsicherte Regierung

Ende 1979 heben die Gerichte den Baustopp wieder auf. HEW und NWK können aber mit dem Weiterbau nicht sofort beginnen. Die Kieler Landesregierung und die Bonner Regierungskoalition wollen nun wegen den anstehenden Bundtagswahlen über die politische «Opportunität» des Weiterbaus nachdenken; nicht zuletzt weil die SPD-Opposition in Schleswig-Holstein mit ihrer Brokdorf-Opposition bei den Landtagswahlen im vorigen Jahr Stimmen gewinnen konnte. Dennoch gibt auch die Bundesregierung grünes Licht für Brokdorf.

Die Kläger von der Wilster Marsch reagieren mit einem Telegramm an den Bundesinnenminister Baum: «Nachdem die Brokdorf-Anleihe einschliesslich unserer Lebensgrundlage etwas lustlos auf dem internationalen freien Markt gehandelt wurde, soll diese Kapitalanlage durch Ihr Votum zur 2. Teilerichtungsgenehmigung entscheidend aufgewertet werden. Über den von Ihrer Regierung und Ihrer Partei kalkulierten Vertrauensbruch hinaus riskieren und verantworten sie damit die härteste Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik.»

Ein Treffen von ortsansässigen BI beschiess, am 9. Dezember zu einer «ersten» Demonstration kurz vor Weihnachten aufzurufen. Diesem Aufruf schlossen sich die AKW-Gegner Organisationen, KB, Jusos und die Grünen an. Mit über 10 000 Teilnehmern wird diese Aktion zu einem recht gelungenen Auftakt für weitere Aktivitäten.

Am 22. Januar 1981 fallen die letzten gerichtlichen Schranken für das AKW Brokdorf. Das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg verfügt, dass keine Einwände mehr gegen den Weiterbau möglich sind: die Bedingungen, die für einen Baustopp

galten, seien ausgeräumt. Die Betreiber warten nur noch den Parteitag der SPD in Hamburg am 2. Februar ab.

Zwei Tage nach dem Hamburger Sonderparteitag der SPD und einer verbotenen Demonstration an der 15 000 Menschen teilnehmen, gibt eine der Betreiberfirmen, die NWK, auf der Pressekonferenz bekannt, sie reche in Kürze mit der 2. Teilerichtungsgenehmigung. Sie kündigt weiter an, dass im Laufe dieses Jahres 2000 Beschäftigte auf dem Bauplatz sein würden und dass das AKW Anfang 1987 ans Netz gehen könne.

Grossdemonstration trotz politischem Schaukampf

Kurz nach dem Sonderparteitag, der als «Polizeiparteitag», auf einen Delegierten kamen 10 Polizisten (!), in die Geschichte einging, kündigt die schleswig-holsteinische Landesregierung den Weiterbau des AKW an. Am frühen Morgen des 6. Februar 1981 rücken die ersten Baufahrzeuge an, zunächst einige Bohrer für die Reaktorfundamente. Es wird mit dem Bau von Belegschaftsunterkünften begonnen.

Bereits einen Tag zuvor blockierten AKW-Gegner der Gewaltfreien Aktion, kirchliche Mitarbeiter und Mitglieder der Stromboykottinitiative Eingänge und Parkplätze bei der HEW, nachdem schon im Dezember, ebenfalls bei der HEW, alle Scheiben zu Bruch gingen.

Zwei Tage nach dem Anrücken der Baumaschinen rufen Vertreter verschiedener BIs, wie geplant, zur Grossdemonstration am 28. Februar auf. In ihrem Aufruf hiess es: «Ziel der Demonstration ist nicht die Konfrontation mit dem Staatsschutzapparat, aber wir werden uns gegen die Gewalt, die auf uns durch das AKW ausgeübt wird, zur Wehr setzen. Und unseren Widerstand werden wir selbst bestimmen und nicht von denen vorschreiben lassen, die den Bau von AKWs befürworten.»

Die Grossdemonstration vom 28. Februar hat zwar keinen unmittelbaren Erfolg aufweisen können, die Bauarbeiten werden weitergehen, aber auch der Widerstand der AKW-Gegner geht weiter. Und das kann für die Herrschenden in der BRD sehr unangenehm werden. Monatlang hatten sich die Exponenten der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Parteien Schaukämpfe geliefert - Hamburgs Bürgermeister Klose gegen Bundeskanzler Schmidt, SPD-Matthies gegen CDU-Stoltenberg -, als wäre der Parlamentarismus nach wie vor die Auseinandersetzungsform und alles andere von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Demonstrationen um Brokdorf haben da aber eine neue politische Ausgangslage geschaffen, auch wenn der Bundeskanzler («wir bauen weiter») dies noch nicht wahrhaben will.



Foto: Gertraud Vogler

Die «Weltwoche» und die Zürcher Bewegung

JOURNALISTENPFLICHT

Von Nicolas Lindt

Auch die «Weltwoche» wollte nicht mehr länger nur «über» die Zürcher Bewegung berichten. Das Gespräch mit der Bewegung selbst war fällig. Stattgefunden hat es im Hinterstuhl einer Zürcher Quartierbeiz.*

Die fünf Weltwöchler wissen nicht recht, wieweit sie sich anbieten sollen, wir neun wissen nicht recht, ob wir die traditionellen Umgangsformen akzeptieren sollen, ob wir mitmachen sollen. Das Verteilen der Menükarten verbreitet versöhnliche Stimmung - wer lässt sich schon Kalbsgeschnetzeltes mit Röstli entgehen, wenn es spendiert wird? Die Weltwöchler sind bescheidener. Zwei von ihnen bestellen Bratwurst mit Röstli. Dazu trinken alle Landwein, und wenn einer von uns das Glas leer hat, wird sofort nachgeschenkt - damit sich unsere Zungen lösen, wahrscheinlich... Mit leicht unguen Gefühlen lassen wir uns auf das Frage-und-Antwort-Spiel ein.

Eigentlich haben wir abgemacht untereinander, dass wir eine Diskussion verlangen, wo auch die Journalisten Stellung nehmen müssen. Jetzt machen wir doch mit - die «Gelegenheit zur Selbstdarstellung» ist zu verlockend, und wir haben die Sprache noch nicht verloren, obwohl uns diese Sprache nicht entspricht. Manchmal fehlen uns die Worte: «Wie sieht die von Ihnen gewünschte Gesellschaft aus?» - Was sollen wir antworten?!

Nach zwei Stunden wendet sich das Blatt: Wir fangen an zurückzufragen. Wie denkst du denn über die heutige Welt nach? Wie sieht denn euer Leben aus - warum macht ihr alles mit? - Zum Beispiel Nikos Tsermias, «Weltwoche»-Redaktor mit Schale und Krawatte, progressiv-dynamisch. Kaum zu glauben: Er ist 26-jünger als einige von uns und schon so etabliert. Oder Klara Obermüller, Journalistin: Warum sitzt sie als einzige nicht am Tisch der Redaktoren, sondern mitten unter uns? - Wem fühlt sie sich näher? Oder Jürg Ramspeck, Ex-«Züri-Leu»-Chefredaktor, der dort aus politischen Gründen geschasst wurde - wo steht er heute? Stolz erzählt er: «Wenn ich jeweils in Deutschland bin und gefragt werde, was eigentlich in Zürich los ist, sage ich, wir in Zürich, wir leben halt noch...» Eine famose Haltung: Im Ausland schmückt er sich mit den Federn der Bewegung, in Zürich getraut er sich nicht, die Bewegung zu unterstützen. Einer von uns greift ihn an: Vorher, im Interview, hast du dauernd Fragen gestellt, aber jetzt, wo es auch um euch geht, sagst du kein Wort mehr...

Die vierte, Kathrin Röthlisberger, ist eine der Auserwählten, die in die neue Jean-Frey-Journalistenschule aufgenommen wurden. Jung und ehrgeizig, aber

völlig verkrampft: «Es ist nie gut, wenn eine Diskussion zu emotional wird», sagt sie, als sie wegen ihrer Überheblichkeit von uns angezündet wird. Schliesslich Redaktor Ulrich Kägi, überzeugter Statist und PdA-Mitglied bis 1956, einmal sogar sieben Monate im Knast wegen kommunistischer Aktivitäten. Nach dem Ungarnaufstand 100prozentige Kehrwendung - aus dem überzeugten Kommunisten wurde ein ebenso überzeugter Reaktionsär, der in den letzten Jahren gegen alles gefertete, was irgendwie gesellschaftskritisch ist. - Wie war diese totale Kehrwendung möglich, Ulrich Kägi? - Alle im Raum schweigen, warten auf eine Antwort. Schliesslich schaltet Kägi das Tonbandgerät aus und beginnt zu erklären: «Mit dem Ungarnaufstand kam für mich die Ernüchterung. Vorher hatte ich an die Sowjetunion geglaubt, meine Hoffnungen lag im sowjetischen Sozialismus. Aber dann wurde mir bewusst, dass es gefährlich ist, die Menschheit zum Glück zu zwingen. Und so extrem ich vorher auf der einen Seite war, so extrem wechselte ich auf die andere Seite - wie ein Pendelausschlag...» Und heute? «Ich bin über diese Phase hinweg, ich bin bescheidener geworden. Seit Jahren schon ist mir klar, dass die Welt vor einer verschissenen Zukunft steht. Meine Kinder sind auch in der Bewegung, ich selber kann ihnen keinen anderen Ausweg zeigen...» - Und wie denkst du über die Bewegung? - «Wir kommen noch in viel schwierigeren Situationen, deshalb dürfen wir uns nicht die Köpfe gegenseitig einschlagen. Das militante Vorgehen der Bewegung macht mir Angst...» - Warum plötzlich so gemässigt? - Warum stellst du dich nicht hinter die Radikalität der Bewegung? - Kägi weiss keine Antwort: «Das geht zu weit - wollt ihr eigentlich ein Psychoanalyse mit mir machen?»

Was Ulrich Kägi uns gesagt hat, hat er in der «Weltwoche» nie geschrieben. Die Leser wissen nichts von Kägis Zukunftsangst und von seiner Resignation, sie wissen nicht, wie er sich gegenüber seinen Kindern verhält, die aktiv in der Bewegung sind. Die Leser kennen die Journalisten nicht als Menschen. Kägi sagte uns: «Wenn wir dieses Gespräch mit euch machen, nehmen wir nur eine Vermittlerrolle ein.» Nein, das genügt nicht, was unsere Antwort, ihr könnt euch nicht ständig auf euer Podest zurückziehen, auch ihr müsst persönlich Stellung beziehen.

Im Hinterstuhl einer Quartierbeiz haben fünf «Weltwoche»-Redaktoren persönlich Stellung bezogen, haben von ihrer Verunsicherung und ihren Zukunftsängsten gesprochen. In der «Weltwoche» stand kein Wort davon - dafür hiess es: «Gleichwohl meinen wir, dass wir die Journalistenpflicht haben, unverfälscht wiederzugeben...»

*vgl. «Weltwoche» 4. 3. 81

Die Wertschätzung der Haushaltarbeit (eine Charakterstudie)

«Der Aufwand für die Schildkröte ist gering»

Von Liselotte Suter

«Die Erfüllung von Haushaltsaufgaben erfordert Mittel, nämlich Zeit, Kraft und Geld, je nach Situation vom einen mehr, vom andern weniger.» Zu diesem unwahrscheinlichen Ergebnis kam eine «Studie über die Arbeitsschwierigkeit im privaten Haushalt», die sich der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) mit der autoritätsfördernden Unterstützung des Betriebswissenschaftlichen Instituts der ETH ausgedacht hat. Eigenwerbung: «Als besonders glücklich ist die Verbindung von Wissenschaft und Praxis zu werten.»

Vom Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) hat keine je ernstlich erhofft, dass er sich zum kämpferischen Flügel der Frauenbewegung entwickeln werde. Aber gerade so! Nicht genug, dass die BSF-Vorstandsfrauen ihrem in letzter Zeit erfreulich professionell gemachten Vereinsblatt «Mir Fraue» ganz schnell wieder eine dicke steife Häkdecke übergelegt haben. Solche Rückzieher sind in diesen schweren Zeiten des sozialen Umbruchs offenbar noch keineswegs ausreichend. «Der Haushalt muss in Zukunft vermehrt bereit sein, wieder Aufgaben zu übernehmen, die er in den letzten Jahren der Öffentlichkeit überlassen hat. Dies ist geschehen, um in höherem Mass der Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Es bleibt die Frage, ob diese Sozialentwicklung sinnvoll war.» Wenn «draussen» irgendetwas schiefläuft, verzieht sich die bürgerliche Frauenbewegung an den Herd und lässt ihre Gleichberechtigungswünsche dort auf kleinem Feuer weiterköcheln.

Frauen mit Herz

«Mann und Frau sind heute gleichberechtigte Partner, auch wenn sie in der Regel verschiedene Aufgaben haben, die jedoch nicht unbedingt von ihrem Geschlecht abhängen.» Nicht unbedingt; auch unter den 65 Modellhaushalten des BSF findet sich ein Mann: Er führt ganz allein einen Einpersonenhaushalt (um deutlich zu sein: seinen eigenen).

Ansonsten sind es ausschliesslich Frauen, die im Haushalt für den «sinnvollen Einsatz der Mittel» besorgt sind. Dazu braucht es laut BSF «einen Kopf, der denkt, ein Herz, das fühlt, Hände, die arbeiten». Wie weiland Pestalozzi, nur fraulicher: «Wir können mangelnde Intelligenz im Haushalt bis zu einem gewissen Grad verkraften, ebenso unzureichende körperliche Anstrengung (verkraften Sie als Leser/in doch zunächst mal die unzureichende geistige Anstrengung, Vorschlag Red.), nicht aber einen deutlichen Mangel an charakterlichen Qualitäten.» Für letztere gibt's vom BSF so viele Punkte wie für Esprit und Fitness zusammengezogen, nach dem Motto: Stille Einfalt, edle Grösse. «Es braucht «Verstand des Herzens, damit sich die mannigfachen Räder des Haushalts ohne allzu grosse Reibungen drehen.»

«Wie erhält man ein harmonisches Selbstwertgefühl?»

Die Arbeit im Haushalt ist offenbar dermassen edel, dass sie sich auf keinerlei Art und Weise mit dem niederen, auf Materielle ausgerichteten «Erwerbssleben» (pfui) vergleichen lässt: weder als «Komposition von Elementen einzelner Berufe» noch als eigenständige Tätigkeit. Letzteres wäre ganz und gar gefährlich: Man versucht gewisse Kriterien wie «tägliche Arbeitszeit» oder «aussergewöhnliche Einsatzzeit» (bis in die Nacht und übers Wochenende) besonders hervorzuheben und vergisst, dass es im Unternehmen «Haushalt auf viel wesentlichere Dinge ankommt.» Auf was denn bitte?

Dass die Hausfrauen gerne auf Lohn, Ferien und Pensionierung verzichten, weil sie dafür «keine Arbeitgeber kennen», ist als Erklärung doch zu mager. Abgesehen davon, dass die meisten mit ihrem Boss recht gut bekannt sind, weil sozusagen mit dem Geschäft verheiratet. Wie die Broschüren-Präsidentin Frau Dr. Urs. Elisabeth Breiter telefonisch gerne bestätigt, «wird ganz bewusst» auf die Ermittlung eines «Hausfrauenlohns» (die Anführungszeichen sind nicht von uns) verzichtet. Versicherungen und Gerichte können ja in einer «Anschlussstudie» allenfalls auf schmutzige Geld zu sprechen kommen. Beim Frauenbund lässt man's lieber nobel bleiben. Nur nicht vorpreschen: Das neue Eherecht verspricht den Haushaltemenschen ja auch nicht mehr als «wenn möglich einen angemessenen Beitrag» für ihre Arbeit.

Herr und Knecht

Aber das Diene - das heisst die Versorgung von menschlichen Grundkonsumbedürfnissen (zum Beispiel aller Familienmitglieder) ohne entsprechendes Entgelt - ist heutzutage nicht mehr ganz leicht zu verkaufen. Mit einer pseudo-wissenschaftlichen «Funktionsanalyse»

bemüht sich der BSF krampfhaft um das angeschlagene Selbstwertgefühl der Hausfrauen

Dafür ist das Kernstück der Studie gedacht, über das die bürgerlichen Zeitungen berichteten, dass es eigentlich nicht viel zu sagen gebe. In der Tat: 65 Haushalte werden beschrieben nach Zahl und Alter der Familienmitglieder inklusive deren Gesundheitszustand, Wohnort, Zimmer-m², Nahrungsqualität und Dicke der familienüblichen Staubschicht. Man vergisst nicht, aufzuzählen, wie oft wie zum Essen kommt, ob es Garten und Meerschweinchen hat. Abschliessend gibt's Noten für den Arbeitswert («Der Aufwand für die Schildkröte

Gefühlsbasis das gleiche oder ähnliche Ergebnis erreichen.» Na also, warum denn nicht gleich?

Für den ganzen Hokuspokus - von den zur Statistik aufgebrauchten Banalitäten bis zum salbungsvollen Geblabber - gibt es nur eine einleuchtende Erklärung: die Studie ist ausdrücklich für ausübende Hausfrauen gedacht, und die werden das Zückerchen fürs Ego auch so noch rechtzeitig vor der Abstimmung über die gleichen Rechte (?) schlucken, denn eines macht die solidarische BSF-Studie sonnenklar: die sind eh dumm und schwach - aber herzensgut.



Der Sex-Verwalter von Neerach

In der Zürcher Landschaft gibt es einen, der ist zuständig für alles Schmutzige dieser Welt, Sexualität, Sexualaufklärung, Abtreibung, das neue Eherecht, Verhütung, Homosexualität usw.: Niklaus Oerly, 33 Jahre alt, wohnhaft in Neerach, Betriebswirtschaftler, Christ evangelikaler Richtung, Versteuerer von 2.3 Millionen Franken Vermögen, Mietherausgeber der Zeitschrift «Aufblick» und Präsident des Vereins besorgter Eltern, welche ihre (aber auch die andern) Kinder nicht beschmutzen lassen wollen. Oerlys Goteszorn richtet sich in erster Linie gegen den in der Gemeinde Udorf jeweils eingeführten Sexualunterricht, sein Feindbild verkörpert Lehrer Bruppacher, der sich dabei für einen engagierten Sexualunterricht einsetzt und dies im Film «Jugend und Sexualität» veranschaulicht. Oerly und seine Jünger verhetzen den Lehrer über Wochen im Regionalblatt «Limmat-Zeitung», ungeachtet der Stellungnahmen von Udorfer Lehrern, Schülern und Eltern für Bruppacher. Aus Oerlys strammer Feder fliessen etwa folgende Ergüsse: «... ist in einzelnen Klassen das Nacktduschen von Mädchen und Burschen zu sammen üblich. Die Intimspäre des Leibes (welchen Gott bekleidet hat, 1. Mose 3, Vers 21) wird auf diese Weise durchbrochen und damit auch die Intimspäre der Seele entblösst.» «Solche Spiele (Berührungsspiele im Film «Jugend und Sexualität», die Red.) sind als gruppendynamische Übungen zum Abbau der natürlichen Zurückhaltung und zur Entkernung bekannt. Bei hemmungslosen Menschen ist es nur ein kleiner Schritt zur allgemeinen Hurerei.»



ist gering»). Siegerin nach Punkten ist die junge Frau mit den vier Kleinkindern (eines davon leicht behindert). Am wenigsten Anforderungen stellt die Haushaltarbeit an die Direktionssekretärin mit englischer Arbeitszeit und Haushaltshilfe, bei der das Wohnen obendrein «nur Nebensache» ist, die Freunde kommen auch nur ein- bis zweimal pro Jahr zu Besuch und nie über Nacht.

Schliesslich müssen die Damen und Herren Autoren doch zugeben: «Mit gesundem Menschenverstand würde man ohne analytische Funktionsbewertung auf

Oerly, der durch seine Missionstätigkeit schon Neuseeland von der sündigen Lust befreien wollte, richtet sein scharfes Auge vor allem auf die Medien. Ansonsten empfiehlt er seinen Jungern und Jüngerinnen lieber Brust als Lust: «Ca. 10 Minuten pro Tag für Land und Leute beten - machen Sie mit! Dies ist unverwundlich gegenüber uns - höchstens verbindlich gegenüber Gott, dem Herrn» (im «Aufblick»).

Wääh, wie grusig!

Krimineller Versuch zur Beseitigung von Atommüll

Geisterschiff von Scharjah

NEUE. Am 2. November 1980 legte der Frachter «Freytrenti» im Hafen von Scharjah, einem arabischen Emirat, an. Die gesamte Mannschaft verschwand sofort spurlos, ohne sich um die Löschung der Schiffsladung zu kümmern. Eine gelegentliche Abklärung durch die Hafenebehörden, was es mit dem verlassenen Schiff für eine Bewandnis habe, ergab: die «Freytrenti» gehört einer schwedischen Gesellschaft und fährt unter griechischer Flagge. Die Londoner Schiffsverkehrsversicherungsgesellschaft Lloyds hatte vor kurem ihre Verbindung mit der «Freytrenti» gelöst. Auf Anfrage drückte die Lloyds ihr Erstaunen darüber aus, dass die «Freytrenti» in den Golfgezeiten fahren. Nach ihren Angaben sei das Schiff zum letzten mal am 7. Juni 1980 in Dschibuti gesehen worden.

Der Schiffskontorist der «Freytrenti», Don Jones, konnte gefunden werden und versicherte den Hafenebehörden, dass es sich bei der 172-Tonnen-Ladung um Insektizide handle. Dies habe er mit einem Dokument der Zollbehörde belegt. Der Direktor des Zollamts erklärte gegenüber der Polizei von Scharjah, ihm sei eine Erklärung des Gesundheitsministeriums gezeigt worden, in der bestätigt worden sei, dass es sich um Insektizide handle. Das Gesundheitsministerium erklärte jedoch, keiner seiner Beamten habe die Ladung je gesehen.

Daraufhin wurde ein britischer Wissenschaftler beauftragt, die Ladung zu untersuchen. Er kam zu dem Ergebnis, dass es sich um keine Substanz handle, die in einem der internationalen Katalo-

ge von Chemikalien und Medikamenten verzeichnet sei.

Aufgrund dieser beunruhigenden Informationen wurden die Nachforschungen intensiviert und brachten einen bis heute von der westlichen Presse totgeschwiegenen Skandal zutage: Die «Freytrenti» und ein ähnliches Schiff standen unter Kontrakt für den Transport von nuklearem Abfall aus westeuropäischen Häfen, insbesondere Hamburg und Rotterdam, nach Ägypten. Gemäss einem Abkommen mit der ägyptischen Regierung sollten diese Abfallstoffe in der Wüste Ägyptens gelagert werden. Durch interne ägyptische Opposition wurde die Ratifizierung des Vertrags jedoch verhindert. Ein Schiff hat daraufhin den radioaktiven Abfall in Süditalien ausgeladen.

Das andere, die «Freytrenti», versuchte die Ladung in den Golfhäfen Scharjah und Ras al-Chaima zu löschen. Der nukleare Abfall sollte von da aus in die Wüste gebracht und vergraben werden. Wer die Geschäftspartner dieses Vorhabens waren, ist bislang nicht bekannt.

Weitere Untersuchungen ergaben, dass das Schiff aus dem Hafen von Scharjah nicht mehr auslaufen konnte: es hatte Maschinenschaden. Am 18. Februar zogen die Hafenebehörden das Schiff mit Schleppern in die Küstengewässer von Oman. Von da aus wurde es von den Behörden Omans in den Indischen Ozean geschleppt. Wer jetzt die Verantwortung für das Schiff hat, weiss niemand. Zuversichtliche hoffen, dass es die für grenzüberschreitende Kriminalität zuständige Interpol sei.